

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

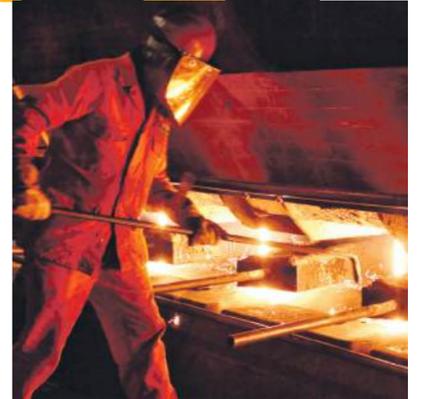
work

Véronique Polito: Unia-Vizepräsidentin warnt vor EFAS. Seite 8

Lara Kaufmann lackierte sich an die Weltspitze.

Eine Frau für alle Näggis!

Die Carrosserie-Lackiererin (22) aus Rüscheegg BE holte an der Berufs-WM die Silbermedaille. Sie sagt zu work: «Ich musste mich entscheiden: Will ich Autos oder Tiere flicken.» Seite 3



Gerlafingen muss bleiben! Schocknachricht für Stahl-Büezer. Breiter Widerstand gegen Massenentlassung. Die Reportage. Seite 5

Bisi-Urteil: So ein Seich! Gaga-Gesetz macht's möglich: Ausstempel-Zwang für den Gang aufs WC. Seite 7

Ärger im Tunnel

Sie bohren sich von Airolo nach Göschenen. Und sie vermissen ihre Familien. Jetzt wehren sich die Mineure gegen unsinnige Arbeitspläne. work hat sie besucht. Seiten 12-13



workedito
Anne-Sophie Zbinden

VON PRÄMIEN, STAHL UND PARMELIN

Klar, Gesundheit ist unser höchstes Gut. Klar, möchten wir alle die bestmögliche Behandlung. Klar, kostet das was. Aber zum Glück leben wir in einem der reichsten Länder der Welt, mit einer hervorragenden medizinischen Versorgung. So weit, so klar, so wunderbar, möchte man denken. Natürlich weit gefehlt. Zwar sind die generellen Gesundheitskosten vergleichbar mit jenen unserer Nachbarländer.

Und wehe, ein Zahn tut weh, dann gibt's ein Loch im Portemonnaie.

Aber der Anteil, den die Lohnabhängigen daran tragen, ist völlig überrissen. Und jetzt will eine bürgerliche Mehrheit, getrieben von der

Versicherungslobby, via EFAS noch mehr Kosten auf die Prämienzahlenden überwälzen (Seiten 8 und 9).

OH, WEH! Ohnehin steigen die Prämien so sicher, wie die Herbstblätter fallen. Nächstes Jahr um 6 Prozent, gab das Bundesamt für Gesundheit bekannt. Die durchschnittliche Prämie wird gut 38 Prozent mehr betragen als noch vor zehn Jahren. Der höchste Anstieg liegt bei 200 Prozent im Vergleich zu 2015. Das hat die Vergleichsplattform Moneyland berechnet. 200 Prozent! Und dieses Geld ist weg, bevor wir auch nur einen Fuss in eine Arztpraxis gesetzt haben. Hinzu kommen Franchise, Selbstbehalt, Medikamente. Und wehe, ein Zahn tut weh, dann gibt's ein Loch im Portemonnaie.

OH, JE! Kein Wunder, lösen die Saläre der Krankenkassen-CEO gelinde gesagt Emotionen aus. Fast eine Million garniert Sanitas-Chef Andreas Schönenberger. Bei CSS-Chefin Philomena Colatrella sind's immerhin noch knapp 800 000 Franken. Die CSS-Reserven sind übrigens in den letzten drei Jahren um rund eine Milliarde Franken geschrumpft. Kein Grund zur Sorge für die CSS. Sprecherin Sidonia Küpfer sagt der «HZ Insurance», es brauche jetzt nicht etwa einen Sparkurs, sondern lediglich «kostendeckende Prämien für das kommende Jahr». Soll heissen: Die CSS erhöht die Prämien für ihre 1,5 Millionen Versicherten im Schnitt um 8,6 Prozent statt «nur» um 6 Prozent. Gleichzeitig betont Küpfer, die CSS pflege «stets einen haushälterischen Umgang mit den Prämiegeldern». Fragt sich: haushälterisch für welchen Haushalt? Vielleicht für Colatrellas Villa?

Ganz klar haushälterisch-wählerisch ist der Bundesrat. Bei den Banken ist seine Rettungsbereitschaft hoch, in der Industriepolitik eher weniger. So hat er untätig zugeschaut, als die letzte Glasflaschenfabrik ihre Tore schloss und 180 Búezerinnen und Búezer auf die Strasse stellte. Gewissenhaft bringen zwar alle ihr Glas zu den Sammelstellen. Doch das Altglas wird jetzt Hunderte Kilometer weit gekarrt. Ein Bruchteil davon kehrt als Glas zurück. Von Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz keine Spur. Dabei würde der Bundesrat über die gesetzlichen Grundlagen verfügen, das Glasrecycling in der Schweiz wieder anzukurbeln, wie SBG-Präsident und Ständerat Pierre-Yves Maillard in einer Motion in Erinnerung ruft.

OH, GUY! Ähnlich mutlos sieht's beim Stahlrecycling aus. Wieder streicht das Stahlwerk Gerlafingen Stellen, 120 Búezerinnen und Búezer verlieren ihren Job. Und wieder schaut der Bundesrat zu. SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin erklärt trotzig: «Diese Branche ist nicht systemrelevant.» Dabei ist doch sonnenklar: Für den Aufbau der klimaschonenden Wind- und Solarenergie braucht es Stahl. Und Gerlafingen ist das einzige Werk in der Schweiz, das Stahl rezykliert. Jetzt wird das Werk kühlgestellt, die verbleibenden Stahlarbeiterinnen und -arbeiter in Kurzarbeit geschickt. Doch Darija Knežević konnte noch einen Augenschein nehmen von stiebenden Funken und dampfendem Stahl – und mit der konsternierten Belegschaft sprechen (Seite 5).

Trauerspiel am Theater: GAV-Streit wird immer heisser Die Basler Theater-Techniker trommeln zum Angriff



IM RAMPENLICHT: Gemeinsam protestieren rund 50 Theater-Mitarbeiterinnen und Gewerkschafter für bessere Arbeitsbedingungen. FOTO: UNIA

Am Theater Basel sind die technischen Mitarbeitenden am Anschlag. Doch die Leitung will noch mehr «flexibilisieren» – und verplappert in den Medien Vertrauliches aus den GAV-Verhandlungen. Kommt's jetzt zum Showdown?

IWAN SCHAUWECKER

Turbulenter Saisonstart beim Theater Basel, wo derzeit nicht nur Theater, Oper und Ballett gemacht, sondern auch die Arbeitsbedingungen neu verhandelt werden. In einem offenen Brief und mit einer Protestaktion wandte sich das technische Personal Ende September an den Verwaltungsrat und die Theaterleitung. Nachdem letztere vertrauliche Details aus den GAV-Verhandlungen an die Medien weitergereicht hatte, entschlossen sich die Mitarbeitenden, ihre Forderungen ebenfalls an die Öffentlichkeit zu tragen. An der Protestaktion vor dem Theater nahmen etwa 50 Mitarbeitende sowie Vertreterinnen und Vertreter ihrer Gewerkschaften VPOD und Unia teil.

Ein Mitarbeiter beschreibt seinen Frust so: «Die momentane Situation in der Planung führt dazu, dass ich teilweise nur einmal in der Woche mit meiner Familie am Tisch sitze. Meine Schlafgewohnheiten muss ich der Unregelmässigkeit des Betriebs ständig anpassen – und das oft sehr kurzfristig. Kurz gesagt: Die von mir erwartete Verfügbarkeit und Flexibilität verunmöglichen ein planbares Familienleben zeitweise vollkommen.»

NEUARTIGES VERHANDLUNGSFORMAT

Die GAV-Verhandlungen, die etwa 230 Mitarbeitende direkt betreffen, laufen seit fast einem Jahr. Und dies in einem neuen, in der Schweiz bisher nicht erprobten «offe-

«Die von mir erwartete Verfügbarkeit verunmöglicht ein planbares Familienleben.»

TECHNISCHER MITARBEITER DES THEATERS BASEL

nen Format»: Jede Theaterabteilung stellt drei bis vier Delegierte. Insgesamt sitzen so auf der Seite des Personals 35 Mitarbeitende am Verhandlungstisch, und auch alle anderen Mitarbeitenden können als Gäste den Verhandlungen beiwohnen. Dadurch sind die Inhalte des GAV inzwischen

allen viel besser bekannt. Doch ein Abschluss ist bisher nicht in Sicht. «Während die Belastung der Mitarbeitenden stetig steigt, nimmt die Lösungsbereitschaft seitens des Theaters zusehend ab», heisst es im Protestbrief.

WENIGER ODER MEHR STRESS?

Grösster Streitpunkt ist die Wochenarbeitszeit. Das Personal verlangt eine 38-Stunden-Woche, die Theaterleitung will die Arbeitszeit nur um zwei auf 40 Stunden reduzieren und diese Neuregelung erst in vier Jahren in Kraft setzen. Zudem soll die Reduktion mit einer neuen, vollständig flexibilisierten Jahresarbeitszeit «kompensiert» werden. Das lehnt das Personal kategorisch ab, weil so während Spitzenzeiten noch mehr Stress drohe.

Falls die Theaterleitung ihre Pläne durchstieren will, sind weitergehende Protestaktionen jedenfalls absehbar. Schliesslich hat das technische Personal den letztjährigen Lohnkampf des Basler Ballettensembles genau verfolgt. Die Tänzerinnen und Tänzer protestierten, unterstützt von der Unia, mehrmals mitten auf der Bühne. Und ernteten dafür frenetischen Applaus vom Publikum – und zuletzt mehrere Hundert Franken mehr Lohn (work berichtete: rebrand.ly/Basler-Ballerinen).

Künzi wählt die Freiheit



Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit ist sie freiwillige, nicht ganz unabhängige Beobachterin des Wahlkampfes in den USA. Direkt aus dem Schweizer Wohnzimmer.

Schagge sagte: «Es sieht shitter aus für Kamala. Wir müssen was tun!» Also verkleideten wir uns als Freiheitstatuen und suchten vor dem Bundeshaus nach wahlberechtigten Amis. Es leben ja fast 80 000 wahlberechtigte Amis in der Schweiz. «Das ist matchentscheidend!» sagte Schagge. Drum war ich mega motiviert und habe alle Leute angesprochen. Auf Englisch.

ZÄPFELI. Ein Mann sagte, er liebe seine Freiheit, zu fliegen, und das lasse er sich von so linken Dubble nicht wegnehmen. Schagge ging ab wie ein Zäpfli. Seine Freiheit, zu fliegen, sei sch...egal, weil es jetzt nämlich um die Freiheit gehe, überhaupt noch auf der Erde leben zu können! Die beiden schrien sich an. Ich finde das mit der Meinungsäusserungsfreiheit auch sehr wichtig, aber vielleicht bräuchte es noch so was wie eine Zuhörungspflicht?

FAKEL. Inzwischen standen schon ein paar Leute bei uns, trotz Regen. Eine Frau hatte ein Schild dabei mit «My Body, my Choice», aber sie hatte keinen amerikanischen Pass. Ein Mann fragte mich, ob wir das okay fänden, Tiere zu essen. Eine andere Frau fragte, wo der Aldi sei, sie brauche noch Cervelats. Ich schickte sie zum Mann mit den Tieren, und die beiden schrien sich auch an. Inzwischen hatte der Flugfan

Schagge die Fackel weggenommen und fuchtelte damit herum. Eine Frau sagte: «Man muss einfach mehr in Bildung investieren, sonst können die Leute doch gar nichts anfangen mit ihrer Freiheit!» Und sie schaute besorgt zu den Schreihälsen.

Während ich noch darüber nachdachte, kam ein Sicherheitsbeamter und fragte, ob wir denn eine Bewilligung hätten? Schagge rief «Demonstrationsfreiheit!» und dass wir nur zwei seien, und sie wolle ihre Fackel zurück. Sie stürzte sich auf den Flugtypen, und beide zerrten an der Fackel. Der Beamte sagte: «Aber hier sind doch etwa 50 Leute, oder?» – «Ja», sagte ich, «aber die kennen wir gar nicht. Wir wollen nur unentschlossene Amis zur Wahl zwingen, weil wir für die Freiheit sind.» Er funkte seinen Kollegen.

SPRIT. Jetzt schüttete es richtig. Der Stoff, den Schagge mir umgewickelt hatte, war pflotschnass. Meine «Unabhängigkeitserklärung» war total verschwommen. Meine Fackel war erloschen, obwohl Schagge eine halbe Flasche Sprit reingeschüttet hat. Meine sieben Strahlen hingen runter, und zwei fielen ganz ab. Die Sicherheitsbeamten wollten meinen amerikanischen Pass sehen und glaubten mir nicht, dass ich Schweizerin bin.

In fünf Stunden haben wir nur drei wahlberechtigte Amis getroffen: Einer wollte nicht mit uns reden, einer hörte nicht mehr auf, mit uns zu reden, und der dritte sagte, er werde auf jeden Fall wählen, und zwar Trump.

Hey, nur noch 19 Tage. Jede Stimme zählt.



EINE MEISTERIN IHRES FACHS: Farbenmischen, Lackieren und Polieren gehört zum Berufsalltag von Carrosserielackiererin Lara Kaufmann. FOTOS: SEVERIN NOWACKI

«World Skills»-Silbergewinnerin Lara Kaufmann (22)

«Hä, das soll ein Männerberuf sein?»

Lara Kaufmann ist weltweit eine der besten Carrosserielackiererinnen. Mit work spricht sie über männerdominierte Autogaragen und ihren Wettkampfegeist. Und sie verrät, was Tiere und Autos gemeinsam haben.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Schleifen, Lackieren, Polieren – was Lara Kaufmann täglich in der Autogarage Bartolome in Rüschegg BE leistet, ist Millimeterarbeit an tonnenschweren Fahrzeugen. Als Carrosserielackiererin verschönert, erneuert und beschneidet sie Autos. Besonders die Vorbereitungen vor dem Lackieren sind aufwendig und erfordern exakte Arbeit. Und diese Bütz macht die Bernerin nicht nur gut, sondern ausgezeichnet. Denn Kaufmann gehört zu den besten Carrosserielackiererinnen der Welt. An den vergangenen internationalen Berufsweltmeisterschaften,

auch «World Skills» genannt, belegte sie den 2. Rang. Und stand als einzige Frau auf dem Podest. Ganz anders war es in ihrer Berufsschulklasse. «Wir waren gleich viele Frauen wie Männer.» Erst mit den ganzen Wettkämpfen habe sie realisiert: als Frau ist man in dieser Branche doch ziemlich allein. «Ich war überrascht: Hä, das soll ein Männerberuf sein?»

SCHWEIZER FANCLUB IN LYON

Vor zwei Jahren schloss Kaufmann ihre Stiffti ab. In ihrem letzten Lehrjahr trat sie an regionalen und kantonalen Berufswettbewerben an. Die Siege dort ebneten ihr den Weg zu den nationalen Berufsweltmeisterschaften, den «Swiss Skills». Kaufmann sagt: «Durch die Wettkämpfe ist mein Selbstvertrauen gewachsen, und an den Meisterschaften konnte ich neue, kreative Sachen ausprobieren, die im Tagesgeschäft eher selten sind, etwa Verzierungen mit Schriftzügen und Motiven.»

An den «Swiss Skills» holte Kaufmann Gold und qualifizierte sich somit für die Berufsweltmeisterschaften. Diese fanden im September in

Lyon statt. «Es war ein bestärkendes und aufregendes Erlebnis, mit den besten Berufsleuten der Schweiz an einen so grossen Event zu reisen. Im Schweizer Team hatten wir eine Menge Spass und einen starken Zusammenhalt.» Zudem dominierte der Schweizer Fanclub das Stadion. Laut Kaufmann reisten aus keinem anderen Land mehr Fans an. Auch die 22jährige wurde tatkräftig unterstützt: «Meine Familie, mein Freund und meine Arbeitskollegen waren da und feuerten mich an.»

Mit Erfolg: Sie holte die Silbermedaille und machte damit ihren Fanclub ganz schön stolz. Und in der Werkstatt in Rüschegg hängt jetzt ihr Siegerinnenfoto. Die erfolgreiche Reise an die «World Skills» motivieren sie für mehr: «Ich würde gerne selbst auch Trainerin werden und die kommenden Wettkampfteilnehmer auf die Meisterschaften vorbereiten.»

AUTOS ODER TIERE FLICKEN?

Die Bernerin ist im ländlichen Riggisberg BE aufgewachsen und lebt noch heute mit ihrer Mutter und zwei Katzen im Dorf. «Bei meiner Berufswahl

spielte die Distanz zum Betrieb eine grosse Rolle», erzählt sie. Ihre Garage liegt gäbig im Nachbardorf. Die Leidenschaft zu Autos und anderen Fahrzeugen wurde Kaufmann aber bereits in die Wiege gelegt. «Mein Bruder ist Automechaniker, meine Mutter arbeitet seit vielen Jahren im Autogewerbe, und sie und mein Vater teilten früher die Leidenschaft

«Ich musste mich entscheiden: Will ich Autos oder Tiere flicken.»

CARROSSERIELACKIERERIN LARA KAUFMANN

für Autorennen», erzählt sie. Sonnenklar war die Berufswahl aber nicht: «Ich musste mich entscheiden: Will ich Autos oder Tiere flicken.»

Denn auch die Lehre als Tiermedizinische Praxisassistentin hat sie als Schülerin sehr interessiert. Doch einen Ausbildungsplatz zu finden sei nicht so leicht. «Viele Tierarztpraxen vergeben ihre Lehrstellen wegen der hohen Verantwortung lieber an ältere Bewerberinnen. Für mich hätte das bedeutet, vor der Lehre noch ein Prak-

tikum zu machen.» Ganz so unterschiedlich sei die Arbeit als Carrosserielackiererin und Tiermedizinische Praxisassistentin aber nicht: «Am Ende des Tages verlässt ein geflicktes Auto die Werkstatt oder ein geflickter Vierbeiner die Praxis.» Heute ist ihre Tierliebe mit ihren zwei Katzen und ihrem Pflegepferd ein Hobby. Und sie träumt von einem eigenen Hund, der dann mit in die Werkstatt kann.

Jobportrait: Arbeiten im Autogewerbe

Als Carrosserielackiererin verdient Lara Kaufmann brutto 5100 Franken nach Lehrabschluss. «Ich bin zufrieden mit meinen Arbeitsbedingungen, doch in der Branche gibt es viele Baustellen. Zum Beispiel die Löhne oder die Ferientage.» Damit der Beruf für Lernende attraktiv bleibt, muss ihre Branche vorwärtskommen. Dieser Meinung sind auch die Gewerkschaften. Zum Autogewerbe gehören die Berufe als Lackiererin, Spengler und Mechanikerin. Viele der Arbeitsbedingungen werden kantonal und sehr unterschiedlich geregelt, etwa die Löhne. (dak)

Stoppt den Nahostkrieg!

BRÜSSEL. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert im Nahen Osten einen sofortigen Waffenstillstand und eine internationale Friedensinitiative. «Das Leid einfacher Menschen ist unerträglich geworden», sagt IGB-Generalsekretär Luc Triangle. Auch fordert der IGB mehr Gewerkschaftssolidarität, um die Friedensbemühungen seiner Mitgliedsorganisationen in Israel, Palästina und Libanon zu unterstützen.

Heer und Hess auf Irrwegen

BERN. Es passiert selten. Aber manche Gesetzesänderungen sind so überfällig, dass sie das Parlament einfach durchwinkt. Fast wäre dies bei einer Motion von Martin Candinas der Fall gewesen. Der Bündner Mitte-Nationalrat verlangte, dass zur Bekämpfung der Schwarzarbeit künftig auch die Handelsregister-, Betreibungs- sowie Konkursämter zur Zusammenarbeit mit den Kontrollorganen verpflichtet sind.



NEIN-SAGER: SVP-Nationalrat Erich Hess. FOTO: KEYSTONE

So könnten Firmenvernichter und Konkursreiter besser verfolgt werden. Davon wollte SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin nichts wissen, der Nationalrat aber sehr wohl. Candinas Motion triumphierte. Nur gerade zwei Nationalräte stimmten gegen mehr Möglichkeiten zur Schwarzarbeitsbekämpfung: Alfred Heer und Erich Hess (beide SVP).

Verhandlungsabbruch bei den SBB

BERN. Den Bundesbahnlerinnen und -bahnern reicht es. Eigentlich wollten sie ihre Gesamtarbeitsverträge mit den SBB und SBB Cargo bloss verlängern. Doch da will die Konzernspitze nur mitmachen, wenn sie dafür die sogenannten bereichsspezifischen Arbeitszeitregelungen (BAR) aus den GAV herauslösen darf. Andernfalls stehe sogar die GAV-Kündigung im Raum, drohten die SBB. Das war zu viel für die Gewerkschaften und Personalverbände. Sie haben den Verhandlungstisch Mitte September verlassen.

Minenarbeiter sind nicht zu stoppen

ANKARA. Seit August sind die Kumpel der westtürkischen Minengesellschaft Fernas im Protestmodus. Grund sind Entlassungen von Kollegen, die sich der unabhängigen Gewerkschaft angeschlossen haben. Nun haben die Arbeiter ihren Protest nach Ankara getragen. Trotz Polizeiaufmarsch gelang es ihnen, bis vors Parlament zu marschieren – und zwar barfuss – als Zeichen gegen die Allmacht des Chefs. Dieser sitzt für die Regierungspartei in der Nationalversammlung.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Kündigungsschutz: Parmelin will wieder vermitteln



NICHT BETEN, SONDERN HANDELN: Bundesrat Guy Parmelin muss endlich etwas gegen die antigewerkschaftlichen Kündigungen unternehmen. FOTO: KEYSTONE

Der Druck der Gewerkschaften zeitigt Wirkung: Der Bundesrat will die Mediation zum Kündigungsrecht wiederaufnehmen. Vor 10 Monaten hatte SVP-Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin sie auf Druck der Arbeitgeber abgebrochen. Der

Die Arbeitgeber weigern sich, den Schutz für gewerkschaftlich Aktive zu verbessern.

Kündigungsschutz in der Schweiz ist lausig. Lohnabhängige, die sich für die Rechte und Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen, sind überhaupt nicht geschützt vor willkürlichen Entlassungen. Seit Jahrzehnten weigern sich die Arbeitgeber stur, den fehlenden Schutz für gewerkschaftlich Aktive zu verbessern. Und der bürgerliche Bundesrat hilft ihnen dabei. Das verstösst gegen völkerrechtliche Normen. Denn die

Schweiz hat die entsprechende Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, setzt sie aber nicht um. Das geht auf Dauer nicht. 2019 riss der ILO die Geduld, und sie setzte die Schweiz auf eine schwarze Liste. Im gleichen Jahr startete SVP-Bundesrat Guy Parmelin einen Vermittlungsprozess zwischen Bund, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, um endlich eine Lösung zu finden. Doch im November 2023 «suspendierte» Parmelin diese Mediation auf Druck der Arbeitgeber einseitig und unbegründet. Faktisch war es ein Abbruch. Die Folge: Die Schweiz stürzte im jährlich erarbeiteten «Globalen Rechtsindex» des Internationalen Gewerkschaftsbundes ab. Ein Schämder der Extraklasse für die selbsternannte Demokratie-Musterschülerin.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/kuendigungsrecht

Drucker-Protest gegen TX-Konzern

Nach dem Protest der Westschweizer Redaktionen von Tamedia waren jetzt auch die Mitarbeitenden der Druckerei in Bussigny VD auf der Strasse. Sie protestierten gegen die Zürcher TX Group und die angekündigte Massenentlassung in ihrem Betrieb. Die Abbaupläne sehen vor, dass das TX-Druckzentrum im März 2025 stillgelegt wird und 63 Personen ihre Arbeit verlieren. Auch seine Druckerei in Zürich will TX schliessen. Künftig soll nur noch in Bern gedruckt werden. Syndicom-Sekretär Dominique Gigon bezweifelt, dass dieser Plan aufgeht: «Auf lange Sicht bedeutet dies sicherlich das Verschwinden der Papierzeitungen von Tamedia.» Und Stephanie Vonarburg, die bei Syndicom den Sektor Medien leitet, erinnert daran, dass TX der reichste Schweizer Medienkonzern sei und gar nicht sparen müsse. Wenn er denn seinem Aktionariat nicht ständig fette Dividenden ausschütten würde. Kein Wunder, scheint die Protestwelle nicht so schnell abzuflachen. Laut Vonarburg laufen jetzt auch in der Deutschschweiz Demo-Vorbereitungen.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/tx-demo

Arroganter Schoggi-Multi

Peter Feld setzt gleich mit der Brechstange an. Der neue CEO des Schweizer Schokoladen-Multis Barry Callebaut präsentierte zum Einstieg ein regelrechtes Kahlschlagprogramm: Jährlich sollen die Kosten um 250 Millionen Franken sinken. Für die 13000 Angestellten blieb jedoch weitgehend unklar, wie und wo gespart werden



WITZIG: In London sehen Statuen von Männern derzeit so aus. Hierbei handelt es sich übrigens um Stephen Meltons Statue eines Yuppies. FOTO: THE DAD SHIFT

Kreativer Protest:

Londons Männerstatuen tragen Babys

Legendäre Fussballer oder wegweisende Ingenieure: London ist voll von Statuen «grosser» Männer. Jetzt haben sie über Nacht eine Verzierung erhalten: Mit bunten Tüchern wurden ihnen Baby-Puppen auf die Brust gebunden. Die Forderung des Vereins «Dad Shift» in Zusammenarbeit mit der Zei-



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/schoko-multi

soll. Erst als der Europäische Betriebsrat intervenierte, wurde bekannt, dass zwei Fabriken geschlossen werden. Welche, war wiederum unklar. Erneut protestierte der Betriebsrat, und erneut gab es bloss häppchenweise News. Der Betriebsrat hat genug davon. Er prüft jetzt eine Klage gegen den Informationsverweigerer.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/schoko-multi

Genfer Mindestlohn wirkt – und schadet nicht

Als der Kanton Genf im Jahr 2020 den gesetzlichen Mindestlohn einführte, beruhigte er die Skeptiker und Nörglerinnen mit einem Versprechen: Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Mindestlohns würden genau analysiert – durch Forschende der Fachhochschu-

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/milo-genf

Schweizer Kolonialismus ohne Kolonien

Erstmals beleuchtet eine Ausstellung im Zürcher Landesmuseum die koloniale Geschichte der Schweiz. Obwohl das Land selbst nie Kolonien besass, waren manche seiner Bürger über Jahrhunderte hinweg in koloniale Machenschaften involviert. Und wie! Schweizer Unternehmen haben insgesamt 172 000 versklavte Menschen gehandelt. 1864 sprach sich der Bundesrat als letzte Regierung in Europa für die Sklaverei aus. Und bis im Jahr 1964 veranstaltete der Circus Knie sogenannte Völkerschauen. In solchen Menschenzoos wurden sogenannte Wilde zur Schau gestellt und nicht selten in den Tod getrieben. Dies nur drei der schockierenden historischen Tatsachen, die in der Ausstellung zur Sprache kommen und diese zu einer Bombe im selbstgefälligen nichtkolonialen Schweizer Selbstverständnis machen.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/kolonial-landesmuseum



Entlassungen und Kurzarbeit:

Der Kampf um Stahl Gerlafingen

Das Stahlwerk Gerlafingen will 120 Stellen streichen und die Brennöfen kühlen. work hat das noch glühende Werk besucht.

DARJA KNEŽEVIĆ

Bei der Einfahrt in das kleine Örtchen Gerlafingen bei Solothurn ist die Stahlfabrik nicht zu übersehen. Flächenmässig scheint ein Drittel des Dorfs Fabrikareal. Hinter den Fabrikatoren öffnet sich eine ganz andere Welt: Kamine, Rohre und Berge von Materialien. Dazwischen reger Lastwagenverkehr und rauchende Buezer, die mit dem Velo über das Gelände flitzen. work hat aus nächster Nähe einen Blick in die glühenden Öfen und in die trübe Zukunft der Fabrik geworfen.

Erste Station: Schrotthaufen. Täglich werden hier drei Tonnen Schrott mit Güterzügen und LKW angeliefert. Pro Tonne bezahlt das Stahlwerk etwa 350 Franken, verkauft wird der fertig produzierte Stahl für 600 Franken die Tonne. Der Anlieferungsplatz ist beeindruckend: Ein Kran schwebt über die Schrotthaufen, pickt mit einem immensen Magnet die Metallreste und stapelt sie korrekt für den Schmelzprozess.

In einem grossen Kessel kommt das Metall nun in das glühende Herzstück des Stahlwerks, den Ofen. Hier wird es innert 35 Minuten zu flüssigem Stahl und in eine Pfanne abgegossen. Dar-

in sieht es aus wie in einem Vulkan. Es ist heiss, laut, staubig. Ein Buezer steht in feuerfester Kleidung direkt vor dem Ofen, Funken stieben. Er macht eine erste Probe. Der Ofen ist mittlerweile 1621 Grad heiss.

Ein trauriger Anblick

Der glühende Stahl wird nach dem Schmelzen in Form gebracht. Die 14 Meter langen Stahlstäbe gelangen dann per Förderband auf den Vorplatz der Produktionsstätte. Dem Regen verdankt die work-Besucherin einen Spezialeffekt: Die Stahlbalken dampfen – und das stundenlang.

Um die Balken in die richtige Form zu walzen, wird der Stahl durch die Kombistrasse im Walzwerk gejagt. Noch vor wenigen Monaten hatte Gerlafingen zwei Walzwerke. Eines davon



Ramona Graf (27), Teamleiterin
Kraninstandhaltung:
«Diese Entlassungswelle ist für mein Team fatal. Ich muss jetzt schon mit meinen verbliebenen Leuten jonglieren, damit wir die Schichten decken können. Verliere ich noch eine Person, kann mein Team die Arbeit nicht mehr stemmen.»

wurde nach der ersten Massenentlassung stillgelegt. Das leere Werk fühlt sich an wie ein Vakuum. Der Anblick ist traurig.

Das Stahlwerk ist ein Recyclingwunder: Stahl kann in seiner reinsten Form unendlich oft geschmolzen und neu geformt werden. Abfälle gibt es hier fast keine. Selbst der aus den Abgasen herausgefilterte Staub wird weiterverkauft.

Deshalb sind die Massenentlassung und das Risiko einer kompletten Schliessung des Werks nicht nur wegen der Arbeitsstellen, sondern auch aus ökologischer Sicht ein Desaster. Pro Jahr

rezykliert das Stahlwerk rund 700 000 Tonnen Schrott. Würde das Stahlwerk geschlossen, wären Zehntausende Lastwagenfahrten ins Ausland notwendig.

Bereits Ende April kommunizierte das Stahlwerk: 95 Stellen werden abgebaut (work berichtete: rebrand.ly/stahl-gerlafingen). Erst vergangene Woche kam die Hiobsbotschaft: Weitere 120 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. Das ist eine Streichung von über 200 Stellen in weniger als einem halben Jahr. Zudem wird die gesamte Belegschaft in Kurzarbeit geschickt, denn die Fabrik legt den Betrieb bis Ende Oktober auf Eis.

Letztes Flaggsschiff

Für Roberto Zanetti, ehemaliger Solothurner Ständerat, ist die Krise des Stahlwerks kein unbekanntes Terrain. Vor fast 30 Jahren stand das Werk bereits in einer sehr misslichen Lage und konnte mit der Hilfe des damaligen Gemeindepräsidenten Zanetti weiter am Leben bleiben. «Das Stahlwerk in Gerlafingen ist das letzte Flaggsschiff der Solothurner Industriegeschichte. Der Staat muss sofort Überbrückungshilfe leisten», sagt Zanetti. Der aktuelle Gemeindepräsident Philipp Heri sagt zu work: «Diese Entlassungen werden sich auf die Stimmung in der ganzen Region auswirken. Bei den Einwohnerinnen und Einwohnern von Gerlafingen verspreche ich einen grossen Zorn Bundesbern gegenüber. Man erwartet jetzt, dass der Bundesrat endlich eingreift.»



Markus Pfander (51), Tageskoordinator und bereits seit 31 Jahren im Betrieb:
«Die Belegschaft tappt komplett im Dunkeln. Die Geschäftsleitung muss endlich Klartext mit uns sprechen.»



Sören Kaiser (24), stellvertretender Leiter Zentrallager:
«Von der Entlassung per se war ich nicht überrascht, aber von der Menge. Ich Sorge mich sehr um mein Team, gerade um Ältere oder jene ohne Ausbildung.»

Parteien fordern: Bundesrat muss das Stahlwerk retten

Noch im März reagierte SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin trotz. Über das Stahlwerk Gerlafingen sagte er: «Es wäre ein schwieriger Moment, wenn diese Branche fallen sollte. Systemrelevant ist sie nicht.» Das war die Reaktion vom Bundesrat auf eingereichte Motionen aus den Räten. Von SP bis SVP wird gefordert: Jetzt muss dem Stahlwerk endlich unter die Arme gegriffen werden. Eingereicht haben die Motionen im Nationalrat

PETITION

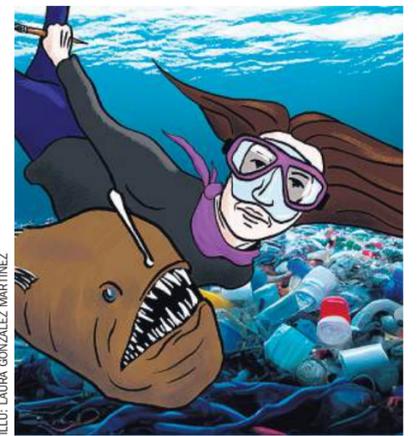
Stahl Gerlafingen muss bleiben!

Die Unia lanciert mit weiteren Sozialpartnern eine Petition. Gefordert wird von der Politik sofortiges Handeln. Und von der Eigentümerin von Stahl Gerlafingen, die Entlassungen zu stoppen. Zur Petition geht es über diesen Link: rebrand.ly/petition-gerlafingen.

der Solothurner Christian Imark (SVP) und im Ständerat die Solothurnerin Franziska Roth (SP). Vergangenen Donnerstag reichte

Christian Imark eine weitere Motion im Nationalrat ein, um Druck zu machen. Die Forderungen: Sofortmassnahmen für die Rettung.

Auch das Notrecht sei angebracht. Die Motion wurde angenommen und geht nun in den Ständerat. Für den ehemaligen SP-Ständerat Roberto Zanetti, der sich während seiner ganzen politischen Tätigkeit für das Stahlwerk eingesetzt hat, ist klar: «Wir haben die Credit Suisse gerettet. Jetzt muss die Zukunft für das Stahlwerk gesichert werden. Es kann nicht sein, dass wir uns um die Banker sorgen, aber um unsere Buezer nicht.» (dak)



Laura und die Anglerfische

Ende Oktober ist wieder «24 Stunden Comics» in der Alten Kaserne in Winterthur.

Da dürfen Illustratorinnen, Erzählerinnen und Kreativköpfe in 24 Stunden auf 24 Seiten ihre Geschichten darstellen. Ziemlich cool und sehr herausfordernd. Letztes Jahr habe ich nicht durchgehalten. Jetzt mache ich mir Gedanken zu



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

meiner Geschichte für dieses Jahr. Da meine finanzielle Situation gerade weniger cool ist, dachte ich mir, ich schicke meine Figur Laura auf die Suche nach Geld, und zwar ganz phantastisch. Das

Es gibt keine Grenzen, die radriere ich weg.

Geld könnte im Ozean liegen, also schwimme ich runter bis zu den Anglerfischen, aber statt eines Schatzes finde ich nur Abfall. Also gehe ich zum Mars. Das «Wie» kriege ich auch gebacken, mit einer extralangen Leiter oder so. Tatsächlich ist ein anderer Planet irrsinnigerweise unser Plan B, um unsere Existenz zu sichern, weil wir momentan unseren Planeten buchstäblich backen und wir uns gegenseitig mit Atomwaffen bedrohen. In meinem Comic stellt sich heraus, dass auf dem Mars nur heisser Schrott herumliegt. Aber wenn ich runter zum Anglerfisch und rauf ins All kann, dann könnte ich auf dem Papier unsere Erde, unsere Gesellschaft ja auch ganz anders darstellen. Wo soll ich anfangen?

PHANTASTISCH. Es gibt keine Kriege mehr! Keine Milliarden für Militärflugzeuge. Niemand muss auf diese perfide Weise geschützt werden, weil es schlichtweg keine Bedrohung mehr gibt. Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein Thema mehr, wir müssten deshalb nicht mehr um jeden Franken für Frauenhäuser kämpfen. Alle können sich frei und sorglos bewegen: Frauen, Nonbinäre, Queere, Transmensch und Kinder. Es gibt auch keine Grenzen, die radriere ich weg. Für alle ist medizinische Grundversorgung und Nahrung vorhanden. Es gibt keine Lobbies. Es gibt keine milliardenschwere Palmölherrscher und keine Armut. Wir müssen nicht ständig bei den Wahlen gegen Verschlechterungen ankämpfen, wie so oft dieses Jahr. Wir müssen auch nicht mit 15 000 Menschen in Bern mehr Lohn einfordern, weil alle gleich viel und vor allem die gleichen Rechte haben. Alle können die Berufe, die sie möchten, stressfrei ausüben, ohne krank zu werden.

VÖLLIG ABSURD. Eine naive, einfache und langweilige Geschichte, nicht? Wir Menschen können so viel. Aber zerstörerisch sein, in dem sind wir hervorragend. Völlig absurd. Drückt mir die Daumen, dass ich dieses Mal durchhalte, um meine langweilige Geschichte zu erzählen.

Der nächste Hammer nach der work-Enthüllung über St. Galler Solar-Gauner: Sogar Rockergangs und Neonazis sahen im Photovoltaik-Geschäft ab!

Betrüger, Rockergangs, Neonazis: Im Solar-Boom mischen allerlei dubiose Anbieter mit. Jetzt fordert ein Ostschweizer PV-Pionier einen radikalen Paradigmenwechsel – und damit den Branchenverband heraus.

JONAS KOMPOSCH

Im schönen St. Galler Rheintal bläst nicht nur fleissig der Föhn, auch die Sonne scheint üppiger als anderswo. Optimales Terrain also für Photovoltaik-Installationsfirmen. Solche boomten dank Subventionen und ökologischen Sorgen schon länger. Doch seit

Der Trick: Wer eine Solaranlage bestellte, musste zuerst Tausende Franken Anzahlung leisten.

dem Ukrainekrieg und dem Gerede von der «Strommangellage» schiessen sie wie Pilze aus dem Boden. Und in diesem Solar-Rush mischen massig zweifelhafte Figuren mit.

Eine davon zerrte work in der letzten Ausgabe ans Licht: David Z. (28) – mit seiner Viva Solar in Balgach SG steckt er nach erst einjähriger Geschäftstätigkeit knietief im Schulden-sumpf. Doch privat führt er ein Leben in Saus und Braus. Mitarbeitende und Ehemalige werfen ihm Bschiss im grossen Stil vor. Auch die Kundschaft soll



getäuscht worden sein – etwa mit gefälschten Betreibungsregistrauszügen (zum Artikel: rebrand.ly/solar-gauner).

KOKS UND KUNDENABZOCKE

Gleichentags veröffentlichten die CH-Media-Zeitungen eine Recherche zu den «Hells Angels». Demnach soll die Rockergang im internationalen Koka-inhandel eine wichtigere Rolle spielen als bisher angenommen. Und: Es gebe Verbindungen ins Solargeschäft. Nun

zeigen work-Recherchen: Exponenten und Freunde der Gang hatten in der Ostschweiz gleich in mehreren Solarfirmen ihre Finger im Spiel. Zum Beispiel in der Clean Energy Industries in Oberriet SG. Beteiligt an ihr war zudem ein Mann, der als Anführer des Zürcher Ablers von «Blood & Honour» gilt, einer internationalen Untergrundorganisation von militanten Neonazis. Gemäss dem «Kassensturz» hat die Clean Energy etliche Hausbe-



GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG: Auch Rockergangs missbrauchen die Solarbranche. FOTO: KEYSTONE

sitzer über den Tisch gezogen. Der Trick: Wer eine Solaranlage bestellte, musste zuerst Tausende Franken Anzahlung leisten. Geliefert wurde aber oft nichts. Nach den Enthüllungen tauchten die Hintermänner unter und liessen ihre Firma konkursgehen. Bei der St. Galler Staatsanwaltschaft läuft ein Strafverfahren wegen Betrugs.

LEICHTES SPIEL FÜR KRIMINELLE

Solche und ähnliche Fälle haben sich in letzter Zeit gehäuft – nicht nur im Rheintal. Doch von dort kommt jetzt ein Impuls aus der Branche selbst! Die Firma Hansesun Photovoltaik aus Kriessern SG ist seit über 30 Jahren in der Bodenseeregion tätig. Doch jetzt sieht sich die Pionierin bedroht – durch die Schmutzkonzurrenz und ihre Gaunermethoden. Vertriebsleiter Andreas Müller sagt: «Wer heute eine Tankstelle überfällt, ist dumm. Betrug und Abzocke gehen einfacher: PV-Firma eröffnen, aggressiv bewerben, 20 bis 80 Prozent Anzahlung abkassieren, keine

Leistung bringen und pleitegehen.» Die kriminelle Energie einiger Anbieter bringe mittlerweile die ganze Branche in Verruf. «Diese Firmen sind mehr Schein als Sein. Sie spielen sich etwa als Sponsoren bei bekannten Sportvereinen auf und protzen mit Tesla-Flotten und getunten Autos. Dabei leben sie nur auf Kosten ihrer Kunden und wälzen das Risiko und den Schaden auf sie ab», erklärt Müller.

So könne es nicht weitergehen. Die Hansesun fordert daher ein schweizweites und generelles Anzahlungsverbot auf PV-Anlagen! Geschäftsführer Robert Veronik erklärt: «Eine PV-Anlage ist Standardware, keine individuell geplante Einbauküche. Vorkasse ist schlicht und einfach Unsinn. Seriöse Anbieter verrechnen erst, wenn die Anlage läuft.»

VERBAND SIEHT VERBOT KRITISCH

Veronik erwartet auch eine klare Positionierung des Branchenverbands Swissolar. Doch dieser zaudert. Auf Anfrage schreibt Swissolar: «Wir schätzen ein Anzahlungsverbot als unrealistisch ein.» Denn viele, vor allem kleinere Firmen könnten Module, Wechselrichter oder Batteriespeicher nicht ohne Anzahlung einkaufen. Zudem seien Anzahlungen im Baugewerbe üblich. Hansesun widerspricht: Man habe in all den Jahren noch nie auf Vorkasse gearbeitet – und trotzdem schon über 9000 PV-Anlagen realisiert.

Immerhin etwas dürfte die Traditionsfirma freuen: Swissolar hat David Z. und seine dubiose Firma Viva Solar mittlerweile aus dem Verband geworfen.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Kunst-Käse und Kunst-Fleisch: Innovative Schweizer Unternehmen proben in Deutschland eine Revolution

Die Schweiz kann Forschung und mischt den Lebensmittelmarkt auf: etwa mit einem Käse ohne Tiermilch – und einem Steak aus Pflanzen.

Die Schweiz hat mit Ausnahme der Wasserkraft keine Rohstoffe. Sie war für die Mehrheit ihrer Bevölkerung während Jahrhunderten ein Armenhaus. Deshalb verkauften die noblen Familien die Söhne der Alpen als Söldner an fremde Herrscher. Und deshalb kam es zu Bauernaufständen, die brutal niedergeschlagen wurden.

Die Kontrolle der Rohstoffe wird international immer wichtiger, wenn es nicht gelingt, Ersatzprodukte zu verwenden. Die USA, China, Europa und Indien versuchen sich mit unterschiedlichen Konzepten Rohstoffe zu sichern. Warum? Weil der Kampf der Supermächte immer härter und rücksichtsloser wird.

Profitieren die Länder mit vielen Rohstoffen von ihrem Reichtum? Und wenn ja, wer in diesen rohstoffreichen Ländern? Venezuela ist weltweit das Land mit den zweitmeisten Ölreserven. Das bis auf die Knochen korrupte Regime von Staatspräsident Nicolás Maduro füttert seine Offiziere, ist aber nicht in der Lage, Ölraffinerien zu betreiben. Ganz anders die

Norwegerinnen und Norweger. Sie finanzieren mit ihrem Staatsfonds soziale Wohltaten und innovative Projekte. Norwegen hat das Gas, die Schweiz den Franken. Nur hat man das in Bundesbern noch nicht bemerkt.

LABORKÄSE. Die Schweiz hat mit den beiden bundeseigenen Hochschulen in Zürich und Lausanne mit die besten Hochschulen Europas ausserhalb von Grossbritannien. Damit sie es auch bleiben, brauchen wir sinnvollerweise ein Rahmabkommen mit der EU. Und statt bei der Bildung und Forschung zu sparen, müssten wir mehr investieren.

Können Innovationen alles verändern? Wir stehen im Bereich der Ernährung – Irrtum vorbehalten – vor grossen Veränderungen, made in und auch kontrolliert by Switzerland.

Die NZZ stellte am 9. September 2024 die Frage: «Echter Käse, aber ohne Tier: Ist die Zeit der Milchkühe vorbei?» Untertitel: «Ein Schweizer stellt in Berlin richtigen Käse her – im Labor. Es ist eine 100-Millionen-Euro-Wette auf die Frage, wie wir uns in Zukunft ernähren.» Im Labor züchtet das Start-up Formo Milchproteine und verarbeitet sie dann zu Käse. Das Resultat soll ein Produkt sein, das vegan ist und trotzdem gleich



MADE BY SWITZERLAND: Wo der tierfreie Käse in den Himmel wächst. ILLUSTRATION: FORMO

schmeckt wie das tierische Original. Seit Anfang September gibt es die ersten Produkte von Formo in Deutschland übrigens zu kaufen. Es ist das erste Mal, dass ein im Labor gezüchteter Käse auf den europäischen Markt kommt.

PFLANZENSTEAK. Die Schweiz ist nicht nur in Sachen Kunstkäse Europameisterin, sondern auch in Sachen Kunstfleisch: In deutschen Supermärkten gibt es seit einigen Tagen auch die neueste Erfindung des Schweizer Fleischersatzherstellers Planted: das pflanzenbasierte

«Planted Steak» – 140 Gramm für 3 Euro 99.

Noch wollen die meisten von uns nichts von Kunstkäse und Kunstfleisch wissen. Die Produkte werden sich wohl trotzdem durchsetzen, wegen der Preise und wegen der Ökologie.

Wenn dem so sein sollte, wird sich alles verändern: Die Versorgungssicherheit der Schweiz wäre kein Problem mehr. Und die Fruchtfolgen wären dann so unnützlich wie die subventionierten Nachtzüge in Europa. Mehr dazu nächstens in dieser Rubrik.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/laborkaese

Hier lesen wir: «Fünf Jahre lang tüftelt das Unternehmen an verschiedenen Käsesorten herum. Seit dieser Woche gibt es die ersten Produkte von Formo in Deutschland zu kaufen. Formo hat kühne Ziele. «Wir wollen der grösste Käseproduzent der Welt werden», sagt der Gründer Raffael Wohlgensinger. Ihr globaler Markt wird auf knapp 160 Milliarden Franken geschätzt. Demgegenüber stehen weltweit knapp neunzig Start-ups, die Käse oder Milch aus dem Labor herstellen.

● rebrand.ly/schweizer-fleischersatz

Der «Beobachter» weiss zu berichten: «Wir haben die Preise für Fleischersatz der Schweizer Hersteller Planted und The Green Mountain mit jenen im Ausland verglichen und festgestellt: Die meisten Produkte sind dort etwa halb so teuer. Das Planted-Chicken-Filet Nature etwa kostet in der Schweiz bei Coop 7 Franken 95, in Österreich bei Billa 3 Euro 99 und im Planted-Online-shop für Deutschland sogar nur 3 Euro 49.» Warum das? Weil die Schweizer Fleischpreise viel zu hoch sind. Unsere Landwirtschaft frisst die Kaufkraft der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



STILLES ÖRTCHEN: Die Pipi-Pause dient weder der Erholung noch der Verpflegung – und geht deshalb auf Arbeitszeit. FOTO: GETTY IMAGES

Neuenburg: Urteil zu WC-Pausen löst auf allen Seiten Kopfschütteln aus So ein Seich!

Ausstempeln, um aufs WC zu gehen: Das verlangt die Uhrenfirma Jean Singer von den Mitarbeitenden. Jetzt stützt ein Gericht diese Praxis. Das erstaunt sogar den Arbeitgeberverband.

CHRISTIAN EGG

Omega. Tudor. Rolex. Die Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter der Firma Jean Singer in Boudry NE haben schon Zifferblätter für einige der edelsten Uhrmarken der Welt gefertigt. Doch bei den Toiletten ist ihr Arbeitgeber gar nicht edel, sondern ein Tüpfelschisser. Er verlangt, dass sie ausstempeln, wenn sie mal müssen. Denn der Gang aufs WC, finden die Firmenchefs, sei eine Pause und nicht Arbeitszeit.

Im Jahr 2021 forderte das Arbeitsinspektorat von der Firma, mit dieser eigenwilligen Praxis aufzuhören. Sie verletze den Persönlichkeitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Doch das Management wollte die WC-Minuten partout nicht bezahlen. Deshalb musste – erstmals überhaupt – ein Gericht darüber befinden, ob eine so kleinliche Regelung rechtens sei.

JA, ABER...

Das Neuenburger Kantonsgericht urteilt jetzt: Ja, aber. Es gibt der Firma recht, weil der Text des Arbeitsgesetzes nicht ausdrücklich verbietet, Toilettengänge von der Arbeitszeit abzuziehen. Die Firma sieht dadurch ihre Sicht bestätigt, wonach jeder Unterbruch der Arbeit eine Pause sei, für die sie keinen Lohn bezahle. Wörtlich sagte der Anwalt der Firma Jean Singer gegenüber dem Westschweizer Sender RTS, das sei «unabhängig davon, ob es sich um Toilettenpausen, Essenspausen, Telefonpausen, Ruhepausen oder einen Spaziergang in der Natur handelt».

LÜCKE IM GESETZ

Doch so richtig glücklich scheint das Neuenburger Gericht mit diesem Aus-

gang des Verfahrens nicht zu sein. Im Urteil bemängelt es denn auch, dass der Begriff der Pause im Schweizer Arbeitsgesetz nicht klar definiert sei. Und wird dabei ziemlich deutlich: Es handle sich um «eine eigentliche Lücke» im Gesetz. Das Parlament habe «einen Punkt nicht geregelt, obwohl es dies hätte tun müssen.»

Dass das Arbeitsgesetz mehrere Lücken und Schwächen aufweist, ist nicht neu. Im konkreten Fall hilft allerdings die offizielle Wegleitung des Bundes zum Gesetz. Sie hält fest, dass der Zweck der Pause «die Erholung und die Verpflegung» sei. Für Mirjam Brunner, Expertin für Arbeitszeit bei der Unia, zählt der Gang zur Toilette somit klar nicht als Pause: «Er dient einem anderen Zweck. Er ist ein grundlegendes physiologisches Bedürfnis des Menschen, das der Arbeitgeber zu respektieren hat.»

KOPFSCHÜTTELN ÜBERALL

Nicht nur in der Unia sorgt dieses Urteil deshalb für Kopfschütteln. Der Kanton Neuenburg will den Richterspruch zwar nicht ans Bundesgericht weiterziehen. Die zuständige Regierungsrätin Florence

«Leute trinken deshalb zu wenig während der Arbeit.»

SOLENN OCHSNER,
UNIA NEUENBURG

Nater (SP) sagte aber in der RTS-Tagesschau: «Ich hoffe, dass diese Praxis keine Nachahmer in anderen Firmen findet.» Es sei «problematisch», wenn etwa während Hitzeperioden den Mitarbeitenden empfohlen werde, genügend zu trinken, und dann WC-Pausen von der Arbeitszeit abgezogen würden.

Sogar der Arbeitgeberverband reagiert auf das Urteil mit Befremden. Für Barbara Zimmermann-Gerster von der Geschäftsleitung ist die Regelung von Jean Singer ein Einzelfall und «nicht die Richtung, in die es gehen sollte». Gegenüber SRF betonte sie, angesichts des Fachkräftemangels «müssen Arbeitgeber schauen, dass sie attraktiv sind und auch auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer eingehen».



GRATIS PIPIS: Mit Transparenten und Toi-Toi machte die Unia auf das WC-Gate aufmerksam. FOTO: OLIVIER VOGELSSANG

Für Solenn Ochsner von der Unia Neuenburg ist klar: Mit seiner kleinlichen WC-Regelung macht Jean Singer genau das Gegenteil. Vorgesetzte in der Firma machten Bemerkungen über Mitarbeitende, die oft aufs WC gingen. «Es gibt Leute, die deshalb zu wenig trinken während der Arbeit. Die Pflicht zum Ausstempeln ist entmenslichend und völlig inakzeptabel.»

DISKRIMINIERUNG DER FRAUEN

Das Kantonsgericht Neuenburg packte noch ein weiteres «aber» in sein Urteil. Es hält nämlich fest, dass die Firma mit ihrer Regelung zusätzlich die Frauen diskriminiere, da diese während der Menstruation öfter auf die Toilette müssten. Und schickt den Fall zurück ans Arbeitsinspektorat. Dieses solle von der Firma «Massnahmen verlangen, um diese Ungleichheit zu verringern». Heisst immerhin: Die Firma Jean Singer darf sich erneut mit kantonalen Kontrolleurinnen und Kontrolleuren herumschlagen. Ihr Versuch, nach eigenem Gutdünken die Regeln festzulegen, ging – pardon – in die Hose.

Weitere Fälle: Swatch rudert zurück

Drei weitere Uhrenfirmen verlangen, dass die Mitarbeitenden für den Gang aufs WC ausstempeln, meldet das RTS. Zwei davon, «Universo» und «Rubattel et Weyermann», gehören zur Swatch-Gruppe. Diese gab bekannt, das entspreche «überhaupt nicht» der Praxis der Gruppe. Man werde die Regeln in diesen Betrieben «sofort an die Standards des Konzerns anpassen». (che)



la suisse existe
Jean Ziegler

ABFALL DES TODES

Am 21. Mai 2017 hat eine Mehrheit der Stimmberechtigten (58 Prozent) das revidierte Energiegesetz angenommen. Und damit den Bau neuer Atomkraftwerke verboten.

Unter dem Druck der milliardenschweren Atomlobby hat jetzt die Stimmung in Bern gedreht. Das Verbot zum Bau neuer Atomkraftwerke soll fallen.

Unter Druck der Atomlobby hat die Stimmung in Bern gedreht.

Bereits spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung für den Bau neuer AKW aus. Das zeigt eine neue Umfrage des Instituts

Leewas im Auftrag der Tamedia-Zeitungen: 53 Prozent der Befragten sagen Ja oder eher Ja, 43 Prozent Nein oder eher Nein. SP, Grüne, die Gewerkschaften und andere linke Gruppierungen sagen deutlich Nein. Der Aufhebung des Verbotes stimmen SVP und FDP zu.

ATOM-TURBOS. Der Energieclub Schweiz (ESC) ist die inoffizielle Nachfolgeorganisation des Atomlobby-Verbandes Aves (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz). Ihr letzter Präsident: Atom-Bundesrat Albert Rösti. Der ESC steht hinter der «Stop Blackout»-Initiative, die auch dank der umstrittenen und möglicherweise gefälschten Unterschriften der Sammelfirma Incop zustande kam. Die Initiantinnen und Initianten schüren die Angst vor einer «Stromangellage» und fordern deshalb eine Aufhebung des AKW-Verbotes. Vanessa Meury ist Immobilienfachfrau, Mitglied der Jungen SVP und ESC-Präsidentin. Sie sagt: «Wir haben schon bei der Sammlung der Unterschriften zur Initiative gemerkt, dass die Bevölkerung eine sichere Stromversorgung wünscht. Das Tabu der Atomenergie ist gebrochen.»

RIESENFEHLER. SP-Nationalrat Roger Nordmann ist erbitterter Gegner der Aufhebung des AKW-Verbotes. Er sagt: «Der Bundesrat macht einen Riesenfehler.» Gänzlich ungelöst sind die Probleme bei der Beschaffung des Urans, der militärischen Sicherheit und der gigantischen Kosten. Nicht einmal die Stromkonzerne wollen neue AKW bauen. Die Unterstützung neuer AKW würde zudem den Bau echter, erneuerbarer Energien torpedieren. Doch das Hauptproblem ist und bleibt die Endlagerung der radioaktiven Abfälle. Nordmann sagt: «Es gibt auf dem ganzen Planeten keinen sicheren Ort, wo Atomabfälle gelagert werden können.»

VERSTRAHLT. Wie kann man die Gefahren radioaktiver Abfälle in Hunderten oder Tausenden von Jahren erkennen? Bei hochradioaktiven Abfällen geht es 200 000 Jahre, bis die Radioaktivität auf das Niveau von Natururan gesunken ist. Die langfristigen Auswirkungen radioaktiver Strahlung sind Krebs sowie Missbildungen bei den Kindern verstrahlter Personen. Zu sofortigen Auswirkungen kommt es, wenn die Strahlung eine Vielzahl von Zellen zerstört. Die Folgen sind die Zerstörung des Knochenmarks, der Darmschleimhäute, Hautverbrennungen und Sterilität.

Die Menge dieser Abfälle des Todes wird in der Schweiz wegen der verlängerten Laufzeiten der Atomkraftwerke von Gösgen, Beznau I und II und Leibstadt steigen. Durch die Verdoppelung ihrer Lebensdauer verdoppelt sich auch die Menge der hochgefährlichen Abfälle.

Wo ist Hoffnung? Der Kampf in Bern ist nicht entschieden. Von unserer Mobilisierung und entschlossenen Unterstützung hängt ab, ob die Strategie der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, der Grünen und der vielen Organisationen der Linken den Sieg davontragen werden.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito:

«EFAS ist eine tickende Zeitbombe!»

Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito erklärt im work-Interview, warum EFAS auf den ersten Blick gut tönt, in der vorliegenden Form aber brandgefährlich ist für Prämienzahlende, Kranke, Pflegebedürftige – und die Pflegenden.

CLEMENS STUDER

work: Krankheiten und Unfälle lieber ambulant als stationär behandeln und alle Behandlungen aus dem gleichen Topf finanzieren: Das tönt doch gut. Warum sind die Gewerkschaften trotzdem gegen EFAS?

Véronique Polito: Die Absicht ist tatsächlich gut. Doch leider verfehlt die vorliegende Reform ihr Ziel komplett! Und vergrössert die Probleme für Prämienzahlende, Kranke und Pflegebedürftige noch.

Das müssen Sie erklären.

In aller Kürze: EFAS bringt keine echte Steuerungsmechanismen, die erlauben würden, kostengünstigere ambulante Behandlungen tatsächlich zu fördern, sondern verschiebt einfach Kosten von den Kantonen zu den Prämienzahlenden. Die Reform macht Versprechen, die sie nicht einlösen kann.

Sie reden vom Einbezug der Langzeitpflege.

Genau, das ist die grösste in EFAS eingebaute Falle. Heute ist die Beteiligung der Versicherer und die der Leistungsempfänger an der Finanzierung der in Heimen und von der Spitex erbrachten Pflegeleistungen nach oben begrenzt. Die verbleibenden Kosten müssen von den Kantonen getragen werden. Heute übernehmen die Krankenkassen 54 Prozent der Kosten und die Kantone 46 Prozent. EFAS will den Anteil der Kantone auf 27 Prozent senken und

«Leider verfehlt die vorliegende Reform ihr Ziel komplett.»

der Anteil der Krankenkassen auf 73 Prozent steigern. Die Erhöhung der Beiträge der Krankenkassen an die Langzeitpflege bedeutet aber nichts anderes, als dass die unsozialen Kopfpfämien in der Krankenkasse noch mehr steigen werden. Das ist eine tickende Zeitbombe, die die Haushaltsbudgets definitiv sprengen wird.

Die EFAS-Befürworterinnen und -Befürworter versprechen aber Einsparungen.

Es kann viel versprochen werden. Doch die Fakten und die Erfahrungen sprechen eine andere Sprache. Bei einem Ja zu EFAS steigt der Anteil von Prämiengeldern an den Pflegekosten ausgerechnet beim am stärksten wachsenden Bereich des Gesundheitswesens. Wir werden älter, und dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass wir irgendwann in unserem Leben in irgendeiner Form auf Pflege angewiesen sind. In den kommenden 15 Jahren wird die Anzahl der über 65jährigen in der Schweiz um 52 Prozent zunehmen, die Anzahl der über 80jährigen wird um 88 Prozent steigen. Weil bei EFAS ein grösserer Anteil der Pflegekosten über die unsozialen Kopfpfämien statt über Steuereinnahmen finanziert wird, werden die Prämien noch mehr explodieren als ohne EFAS. Um diese weitere Prämienexplosion einzudämmen, werden die Krankenkassen auf die Tarife noch mehr Druck machen als heute schon. Vergangenheit und Gegenwart zeigen: Dumping-Tarife gehen auf Kosten der pflegerischen Qualität und der Arbeitsbedingungen der Pflegenden.

Da sieht es schon heute nicht gut aus.

In den Pflegeheimen werden in den kommenden Jahren schätzungsweise 35 000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt, um den Bedarf der Gesundheitsversorgung zu decken. Das Personal fehlt jedoch bereits heute. Grund dafür ist ein Teufelskreis aus wenig attraktiven Arbeitsbedingungen, die zu erhöhten Krankheitsausfällen und Berufsausstiegen führen, die wiederum den Personalmangel verschärfen und den Druck auf das bestehende Personal erhöhen. Diese Abwärtsspirale ist die Folge der gegenwärtigen Unterfinanzierung der Heime mit der Absicht, das Kostenwachstum einzudämmen. EFAS

«Die grössten Profiteurinnen sind die Krankenkassen.»

bietet keine Antworten auf diese Herausforderungen. Im Gegenteil: Durch die Abschaffung der bestehenden Finanzierungsmechanismen und die Verringerung des Engagements der Kantone wird der bereits bestehende Kosten- und Personaldruck noch verstärkt. Es werden noch mehr Pflegenden aussteigen, und die Versorgungskrise wird sich weiter verschärfen.

Wer verliert, wenn EFAS in der vorliegenden Form am 24. November beim Volk durchkommt?

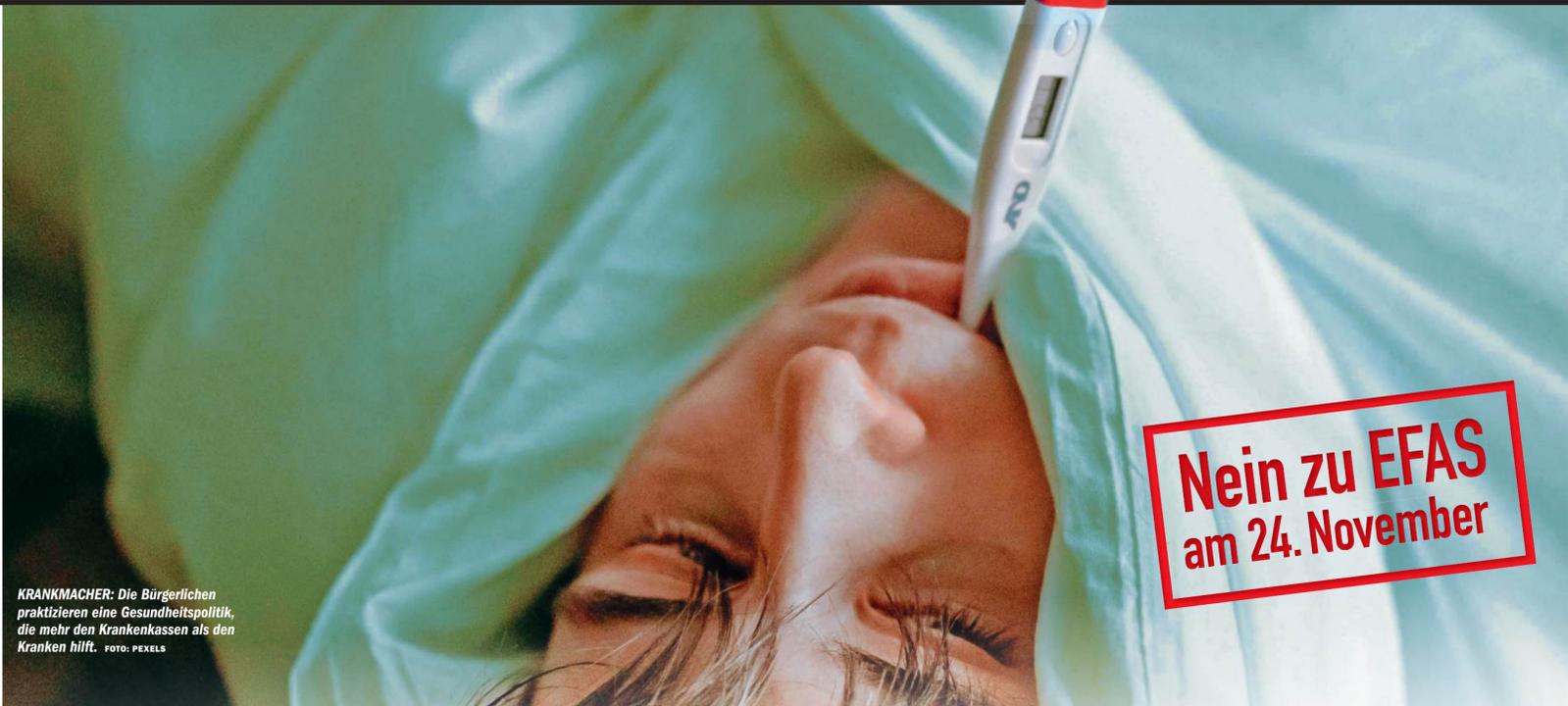
Es verlieren die Prämienzahlenden. Realistische Schätzungen gehen von bis zu 8 Prozent zusätzlichem Prämienanstieg aus. Es verlieren die Kranken und die Pflegebedürftigen, weil sich weniger Pflegenden um sie kümmern können. Und es verlieren die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in der Pflege, weil ihre Arbeitsbedingungen noch prekärer werden.

Und wer würde profitieren?

Die grössten Profiteurinnen sind die Krankenkassen, weil sie noch mehr Verhandlungsmacht bei der Tarifgestaltung in der Grundversorgung erhalten, neu auch in der Langzeitpflege. Damit erhalten sie Spielraum, um zusätzliche Profite bei den Zusatzversicherungen zu generieren. Auch die Kantone profitieren, weil sie sich aus der Verantwortung in der Langzeitpflege schleichen könnten.



VÉRONIQUE POLITO: «Es kann viel versprochen werden. Doch die Fakten und die Erfahrungen sprechen eine andere Sprache.» FOTO: UNIA



KRANKMACHER: Die Bürgerlichen praktizieren eine Gesundheitspolitik, die mehr den Krankenkassen als den Kranken hilft. FOTO: PEXELS

Nein zu EFAS am 24. November

Haushalte leiden unter Prämienhammer, und rechte Parteien machen munter weiter

Bürgerliche Gesundheitspolitik macht uns arm und krank

Die Prämien für die Krankenkassen werden für die Mehrheit bald unbezahlbar. Mit EFAS drohen zusätzlich 8 Prozent höhere Prämien – für schlechtere Pflege. Warum? Die bürgerliche Parlamentsmehrheit macht Politik für die Pharmaindustrie und die Krankenkassen.

CLEMENS STUDER

Nachdem sie auf dieses Jahr hin um 8,7 Prozent gestiegen sind, werden die Krankenkassenprämien 2025 nochmals um 6 Prozent teurer. Das ist für immer mehr Menschen schlicht nicht mehr zu stemmen. Bis weit in den Mittelstand hinein werden die Krankenkassenprämien zum ernsthaften Armutsrisiko. Die bürgerliche Gesundheitspolitik ist gescheitert. Doch die rechten Parteien machen so weiter, als wenn nichts wäre, und hoffen, mit immer neuen Nebelpetarden durchzukommen.

NICHT ZU TEUER ...

Wir werden gesünder älter. Immer mehr Krankheiten sind heilbar. Oder so behandelbar, dass ein gutes Leben möglich ist. Kurz: Der medizinische Fortschritt ist eine Errungenschaft. Die Schweiz gibt zwischen 11 und 12 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Gesundheit aus. Das ist ähnlich viel wie in unseren Nachbarstaaten. Die medizinische Versorgung in der Schweiz ist im internationalen Vergleich bei allen Schwierigkeiten sehr gut. Und die Schweizer Gesundheitsausgaben sind nicht generell überrissen.

... FALSCH FINANZIERT

Aber sie sind völlig falsch finanziert. Statt, wie in anderen Ländern üblich, die

Gesundheitskosten entweder aus Steuereinnahmen oder wenigstens über Lohnprozente zu finanzieren, drückten die Schweizer Bürgerlichen zur Einführung des Krankenkassenobligatoriums 1996 die Kopfpfämien durch. Kopfpfämien sind Kopfsteuern. Und Kopfsteuern sind die ungerechtesten Steuern, die es gibt.

In keinem anderen Land Europas zahlt die Verkäuferin oder der Elektriker gleich viel für die Krankenkasse wie der Milliardär.

Zu den explodierenden Prämien kommen noch Franchise, Selbstbehalt, rezeptfreie Medikamente und Zahnbehandlungen. Nirgendwo in der OECD bezahlen Versicherte und Kranke mehr ihrer Gesundheitskosten direkt aus dem eigenen Sack.

VERSPRECHEN GEBROCHEN

Bei der Einführung des KVG haben Bundesrat und Parlament versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien zahlen müsse. Dieses Versprechen brechen sie in voller Absicht immer wieder. Nicht nur, dass die bürgerliche Mehrheit im Bundeshaus sich von jenen sponsern lässt, die im Gesundheitswesen die Milliardenprofite machen. Sondern sie schert sich auch einen Deut um das gemachte Versprechen. Wenn das Prämienwachstum und die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden was eigentlich auf der Hand liegt –, haben 17 der 26 Kantone die Prämienverbilligungen im letzten Jahrzehnt zusammengestrichen. 10 Kantone haben die Beiträge sogar nominal gekürzt. Das heisst: Sie bezahlen heute selbst in Franken weniger an Prämienverbilligungen als vor zehn Jahren.

UNTAUGLICHE REZEPTE

Die Gesundheitskosten gehören seit Jahren zu den Hauptsorgen der Bevölkerung. Darum kommen auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker nicht darum herum, so zu tun, als würden sie Lösungen suchen. Auch dieser Tage überbieten sich die Gegnerinnen und Gegner einer sozialen

Finanzierung der Gesundheitskosten wieder mit Vorschlägen, wie die Prämienlast gesenkt werden könnte. Sie haben zwei Gemeinsamkeiten: Erstens gehen sie zulasten der Kranken und der Nichtreichen. Zweitens sind sie unwirksam. Und viele davon sind Ladenhüter der bürgerlichen Gesundheitspolitik.

BRANDBESCHLEUNIGER EFAS

Ist dies Wahnsinn, so hat es doch Methode. Denn nicht nur, dass die bürgerlichen Parteien Nichtsuperreiche, Schwer- und Chronischkranke im Rahmen des aktuellen Systems noch weiter belasten wollen. Sie haben unter dem Wortungetüm «Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen», kurz EFAS, eine Vorlage gebastelt, die den Krankenkassen noch mehr Macht gibt. Dafür den Versicherten eine schlechtere Versorgung bringt und auf einen Schlag bis zu 8 Prozent mehr Prämien kostet – zusätzlich zu den «normalen» jährlichen Aufschlägen.

TEILPRIVATISIERUNG

Wie das? Mit der EFAS sollen medizinische Leistungen aus einem Topf finanziert werden, egal, ob sie ambulant oder im Spital erfolgen. Es ist grundsätzlich eine gute Idee, für ambulante und stationäre Leistungen den gleichen Verteilungsschlüssel anzuwenden. Aber: Was das Parlament daraus gemacht hat, lässt einzig die Krankenkassen sich die Hände reiben.

Versicherte, Kranke, Pflegebedürftige und die Pflegenden schauen in die Röhre. Das ist bitter, aber nicht erstaunlich, wie ein kurzer Blick auf die lange Geschichte der Vorlage zeigt. Seit dem Jahr 2009 ist eine EFAS-Motion auf dem parlamentarischen Weg. Eingereicht hatte sie die Aargauerin Ruth Humbel, die als Vertreterin der Krankenkassen (mit zeitweiser über zwanzig einschlägigen Nebenjobs!) und der CVP (heute Mitte) während zwanzig Jahren im Nationalrat sass. In den folgenden vierzehn Jahren schaute die Krankenkassenlobby gut darauf, dass vor allem sie bei EFAS profitiert. Im vergangenen Dezember verabschiedeten die Räte dann die jetzt vorliegende Version.

Bereits 2021 brachte es der damalige SP-Ständerat und frühere SGB-Präsident Paul Rechsteiner in der Debatte so auf den Punkt: «EFAS ist ein Projekt der Versicherer. Bezahlen müssen aber die Versicherten, sei es mit Prämien oder sei es mit Steuern.»

Daran hat sich in den folgenden parlamentarischen Runden nichts geändert, im

«EFAS ist ein Projekt der Versicherer. Bezahlen müssen aber die Versicherten, sei es mit Prämien oder sei es mit Steuern.»

PAUL RECHSTEINER, EX-SGB-PRÄSIDENT

Gegenteil. work hat bereits im Januar die Vorlage und ihre Auswirkungen auf Versicherte, Kranke und Pflegebedürftige vorgestellt: rebrand.ly/kassen-kassieren.

24 PROZENT WERWEISSEN NOCH

Die potentiellen Profiteurinnen und Profiteure der EFAS-Vorlage in der vorliegenden Form werden in den kommenden Wochen mit viel Geld und dank viel Wohlwollen in den Aargauer und Zürcher Medien versuchen, die Stimmenden davon zu überzeugen, EFAS sei im Interesse der Mehrheit.

Die erste Umfrage der TX-Medien zeigt ein Patt von Ja und Nein bei 38 Prozent. 24 Prozent werweisen noch, was sie abstimmen wollen. Ja-Mehrheiten gibt's nur bei den bekannt antisozialen Parteien FDP und GLP. Am deutlichsten Nein sagen die SP-Wählenden, noch vor relativen Nein-Mehrheiten Die Gewerkschaften haben also noch bis zum 24. November möglichst vielen der 24 Prozent Unentschiedenen aufzuzeigen, wie gefährlich die EFAS-Vorlage ist. Für viele jetzt noch Unentschlossene dürfte wichtig sein, was SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard ins Feld führt: «Mit EFAS würden zusätzlich zu den 35 Milliarden Prämiengeldern jedes Jahr 13 Milliarden unserer Steuergelder durch private Kassen verwaltet – ohne demokratische Legitimation und ohne Transparenz.» Wollen wir das wirklich?

Mindestfranchise Achtung, Falle!

Der Bundesrat will die Mindestfranchise um 200 Franken erhöhen. Das ist ein Angriff auf alle nichtreichen Kranken und ganz besonders auf Menschen mit chronischen Krankheiten.

CLEMENS STUDER

Wer bei der Krankenkasse die höchste Franchise wählt, zahlt pro Jahr maximal 1540 Franken weniger Prämie. Die höchste Franchise liegt bei 2500 Franken. Das bedeutet: im Krankheitsfall müssen die Versicherten bis zu 3200 Franken aus dem eigenen Sack bezahlen. 2500 Franken Franchise und 700 Franken Selbstbehalt. Bei der Mindestfranchise sind es 1000 Franken (300 Franchise und 700 Franken Selbstbehalt). Wenn es nach dem Bundesrat geht, sollen es künftig 1200 Franken sein. Fast 20 Prozent der Menschen in der Schweiz sind – laut offiziellen Zahlen des Bundes – nicht in der Lage, eine unvorhergesehene Ausgabe von 2500 Franken zu stemmen.

Die Zweiklassenmedizin hat in der Schweiz längst Einzug gehalten.

Die Krankenkassenprämien explodieren, und die Kantone knausern bei den Prämienverbilligungen. Auf den ersten Blick ist es da verführerisch, mit einer höheren Franchise Prämien zu «sparen». Das haben Hunderttausende in den vergangenen Jahren gemacht. Das ist nicht nur zu ihrem Vorteil. Denn in einer repräsentativen Umfrage gaben rund 20 Prozent an, im letzten Jahr aus finanziellen Gründen auf einen Besuch bei der Ärztin oder dem Arzt verzichtet zu haben. SP-Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider warnt richtigerweise davor, dass Versicherte wegen einer höheren Franchise Behandlungen aufschieben könnten und sich ihr Gesundheitszustand dadurch verschlechtert – und damit neben zusätzlichem Leiden auch zusätzliche Kosten verursachen werden. Die Zweiklassenmedizin hat in

Die SPARFALLE. Die Krankenkassenprämien explodieren, und die Kantone knausern bei den Prämienverbilligungen. Auf den ersten Blick ist es da verführerisch, mit einer höheren Franchise Prämien zu «sparen». Das haben Hunderttausende in den vergangenen Jahren gemacht. Das ist nicht nur zu ihrem Vorteil. Denn in einer repräsentativen Umfrage gaben rund 20 Prozent an, im letzten Jahr aus finanziellen Gründen auf einen Besuch bei der Ärztin oder dem Arzt verzichtet zu haben. SP-Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider warnt richtigerweise davor, dass Versicherte wegen einer höheren Franchise Behandlungen aufschieben könnten und sich ihr Gesundheitszustand dadurch verschlechtert – und damit neben zusätzlichem Leiden auch zusätzliche Kosten verursachen werden. Die Zweiklassenmedizin hat in



SCHRÖPFER DER ARMEN: Albert Rösti (SVP) und Karin Keller-Sutter (FDP). FOTO: KEYSTONE

der Schweiz längst Einzug gehalten. Auch wenn die bürgerlichen Lobbyisten immer behaupten, die Menschen würden aus lauter Spass an der Freude zu den Ärztinnen und in die Spitäler rennen, weil das «zu günstig» sei.

AUS DEM EIGENEN SACK. Bereits heute müssen Menschen in der Schweiz aus dem eigenen Sack mehr an die Gesundheitskosten bezahlen als in jedem anderen europäischen Land. Die Grundversicherung der Krankenkasse deckt vieles ab, und die Gesundheitsversorgung ist trotz allen Mängeln qualitativ sehr gut. Doch viele Leistungen des Gesundheitswesens werden von den Krankenkassen nicht übernommen.

Zum Beispiel die Sache mit den Zähnen. Während in fast allen europäischen Staaten die Krankenversicherung zumindest einen Teil der Behandlungskosten beim Zahnarzt übernimmt, müssen wir in der Schweiz mit wenigen Ausnahmen alles aus der eigenen Tasche bezahlen. Pro Jahr sind dies mittlerweile rund 4 Milliarden (oder 450 Franken pro Mund).

KRANKE BESTRAFEN. Trotzdem wollen die bürgerlichen Parteien den Anteil, den die Menschen aus dem eigenen Sack bezahlen müssen, weiter erhöhen. Auf Wunsch der SVP beschloss die absolute SVP-FDP-Mehrheit im Bundesrat, die Mindestfranchise auf 500 Franken erhöhen. Das heisst in einem Satz: Karin Keller-Sutter und Albert Rösti wollen, abgesehen von Ignazio Cassis und Guy Parmelin, Schwerkranke, Chronischkranke und Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen noch mehr schröpfen. Künftig sollen alle mindestens 1200 Franken Krankheitskosten pro Jahr selber bezahlen. Noch kann das Parlament diesen neusten Angriff auf die Kaufkraft stoppen. Und sonst braucht's halt wieder ein gewerkschaftliches Referendum, damit das Volk das letzte Wort hat.

UNIA

Stahl Gerlafingen muss bleiben!

Arbeitsplätze bei Stahl Gerlafingen retten,
Stahl-Recycling sichern!

Petition online
unterschreiben!



AZA FLEX 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 11 | 26. SEPTEMBER 2024 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA **work** DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

Bata: Die verrückte Geschichte des Schuhkonzerns von unten erzählt. Seite 17

Juhuuuuu!

15 000 Búezerinnen und
Búezer für mehr Lohn
auf der Strasse.
Und an der
Urne sagen
67,1 Prozent
Nein zum
BVG-
Bschiss.
Seiten 2 und 7

Zug um Zug: So klappt das Zügeln

Finstere Solar-Bude
Bei der Viva Solar AG in Balgach SG
verzweifeln die Búezer. Seite 3

Abbruch-GmbH Bundesrat
Rechtshürgerliche Mehrheit will den
Sozialstaat schrotten. Seite 9

Umziehen ist ein Chranpf.
Geschirr geht kaputt und
Administratives vergessen.
Die work-Checkliste hilft.
Seiten 18-19



Wir feiern die Siege, wie sie in die Wahlurnen fallen.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Ceva Logistics schliesst Standort in Neuendorf SO Zalando-Zulieferer schasst 350 Frauen



RETOURKUTSCHE AUF KOSTEN DER BÜEZERINNEN: Weil der Päckli-Gigant Zalando seine Retouren ins Tessin verlagert, stehen die Ceva-Tieflohnerinnen in Neuendorf vor dem Nichts. ILLUSTRATION: WORK

Der Fast-Fashion-Dealer Zalando zügelt seine Retouren-Abfertigung ins Tessin und bricht der Solothurner Ceva damit das Genick. Zalando beschwichtigt. Sein neuer Partner arbeite «eng mit der örtlichen Gewerkschaft zusammen». Wirklich?

JONAS KOMPOSCH

Es war eine Mitteilung wie eine Ohrfeige, die am 26. September bei den 350 Mitarbeitenden der Ceva Logistics in Neuendorf SO einging: «Leider», schrieb die Geschäftsleitung, sei man «zum Schluss gekommen», dass der Standort wohl geschlossen und die gesamte Belegschaft entlassen werde. Erste Kündigungen seien bereits in diesem Monat zu erwarten. Der Grund: Zalando habe auf Ende Jahr den Vertrag gekündigt. Zur Erinnerung: Der Onlineversandhändler mit Sitz in Berlin lässt seine Retourenpakete von Externen abwickeln – in der Schweiz von der berechtigten Tieflohnfirma MS Direct in Arbon TG (work berichtete: rebrand.ly/MSdirect) und (noch) von der Ceva, einem internationalen Logistikdienstleister mit Sitz in Baar ZG. Ceva-Mehrheitseigner ist die Reedereigesellschaft CMA-CGM des fran-

GXO in Italien angeklagt: Die Steuerfahnder konfiszieren Millionen!

Als Abspaltung des US-Transportriesen XPO existiert GXO erst seit 2021. Doch in Italien droht dem Unternehmen bereits ein Fiasko. Die Mailänder Staatsanwaltschaft wirft ihm nämlich Steuerbetrug vor und hat Anfang Juli 84 Millionen Euro beschlagnahmt! GXO habe durch das Anheuern sogenannter Kooperativen gegen Arbeits- und Steuergesetze verstossen. Diese «Kooperativen», faktisch reine Arbeitsvermittler, hätten GXO Personal zur Verfügung gestellt, aber keine Steuern und Sozialabgaben entrichtet. Dieses Geschäftsmodell führe zu Ausbeutung und unlauterem Wettbewerb, so die Staatsanwaltschaft. GXO bestreitet die Vorwürfe. (jok)

zösischen Multimilliardärs Rodolphe Saadé. In Neuendorf bediente seine Ceva fast ausschliesslich den Fast-Fashion-Händler. Ein Klumpenrisiko, das nun voll zu Lasten der Arbeitenden geht. Betroffen sind 213 Direktangestellte und 138 Temporäre. 96 Prozent davon sind Frauen, viele erst seit kurzem in der Schweiz. Sie stehen vor dem Nichts. Die Gemeinde und der Kanton Solothurn befürchten bereits einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosenquote. Zwar kann die Belegschaft noch Rettungsvorschläge einbringen. Doch die Konsultationsfrist endet schon am 25. Oktober. Und zumindest für Zalando ist die Sache längst geritzt.

KÜRZERE WEGE DANK TESSIN?

Eine Konzernsprecherin sagt auf Anfrage: «Unser Ziel ist es, unseren Kund*innen in der Schweiz und in Europa ein einwandfreies Shoppingerlebnis zu bieten.» Um die Transportzeiten und -wege für die Retouren der Schweizer Kundschaft zu verkürzen, habe man in den letzten Monaten nach einem Standort in der Südschweiz gesucht. Fündig wurde Zalando in Sant'Antonino in der Tessiner Magadinoebene. Dort steht seit 2014 ein riesiges Logistikzentrum, in dem bis zu einer Massenentlassung im Jahr 2019 Modeartikel von Gucci und Yves Saint Laurent verpackt wurden.

Heute ist dort der US-Kontraktlogistikkonzern GXO tätig. Der neue Partner bringt Zalando zum Schwärmen. Das GXO-Gebäude sei «technisch auf dem neusten Stand» und biete «eine sehr gute Arbeitsumgebung». Und dank direkter Gleislage könne man vermehrt auf die Schiene setzen und den LKW-Verkehr reduzieren. Tönt gut. Aber: Wegzeiten verkürzen mit einem Standort im Tessin? Für Roman Künzler, Logistikverantwortlicher bei der Unia, sind zumindest Zweifel angebracht: «Die meisten Retouren kommen aus der Deutschschweiz und müssen auch wieder in den Norden zurück, oft sogar direkt nach Deutschland oder Polen!» Zwar habe Sant'Antonino logistisch einiges zu bieten. So liege das Post-Paketzentrum Cadenazzo nur fünf Autominuten entfernt. Doch auch die Ceva in Neuendorf liege nur fünf Minuten neben einem Paketzentrum, und zwar dem grössten der Schweiz, jenem in Härkingen. Und vor allem: Neuendorf liegt nicht hinter

dem Gotthard! Dort aber winken andere Vorteile für Konzerne.

«KEINE REAKTION AUF PROTEST»

Im Tessin liegt der gesetzliche Mindestlohn im Bereich der Kleiderkonfektionierung bei 19.50 Franken pro Stunde. Fast ausschliesslich Grenzgängerinnen aus Italien sind in diesem Bereich tätig. In Neuendorf hingegen zahlt die Ceva heute wenigstens 21 Franken. Dies nachdem die Arbeiterinnen mit der Unia mehrmals Protestaktionen durchgeführt und auch mit Streik gedroht hatten. So erkämpften sich die Frauen auch einen 13. Monatslohn, mehr Ferien und mehr Direktanstellungen. Ausserdem hat Ceva im Dezember 2023 eine Lohnerhöhung von 2 Prozent in Aussicht gestellt, aber nie umgesetzt. So oder so: Mit einem Wegzug in die Tessiner Tieflohnzone ergibt sich ein beträchtliches Sparpotential. Zumal dort nur noch 200 Stellen bestehen sollen. Zalando aber beschwichtigt: Das Aus in Neuendorf sei «in keiner Weise eine Reaktion auf gewerkschaftliche Aktivitäten». Die Vereinigungsfreiheit werde von allen Partnern respektiert. Mehr noch: GXO arbeite bereits «eng mit der örtlichen Gewerkschaft zusammen, um faire Arbeitsbedingungen zu bieten».

96 Prozent der Betroffenen sind Frauen.

Im Tessin liegt der gesetzliche Mindestlohn im Bereich der Kleiderkonfektionierung bei 19.50 Franken pro Stunde. Fast ausschliesslich Grenzgängerinnen aus Italien sind in diesem Bereich tätig. In Neuendorf hingegen zahlt die Ceva heute wenigstens 21 Franken. Dies nachdem die Arbeiterinnen mit der Unia mehrmals Protestaktionen durchgeführt und auch mit Streik gedroht hatten. So erkämpften sich die Frauen auch einen 13. Monatslohn, mehr Ferien und mehr Direktanstellungen. Ausserdem hat Ceva im Dezember 2023 eine Lohnerhöhung von 2 Prozent in Aussicht gestellt, aber nie umgesetzt. So oder so: Mit einem Wegzug in die Tessiner Tieflohnzone ergibt sich ein beträchtliches Sparpotential. Zumal dort nur noch 200 Stellen bestehen sollen. Zalando aber beschwichtigt: Das Aus in Neuendorf sei «in keiner Weise eine Reaktion auf gewerkschaftliche Aktivitäten». Die Vereinigungsfreiheit werde von allen Partnern respektiert. Mehr noch: GXO arbeite bereits «eng mit der örtlichen Gewerkschaft zusammen, um faire Arbeitsbedingungen zu bieten».

UNIA NIMMT ZALANDO BEIM WORT

Auf die Frage, um welche Gewerkschaft es sich denn handle, verweist Zalando auf GXO. Und GXO schweigt. Bei den Tessiner Gewerkschaften ist man jedenfalls erstaunt. Die Unia hatte bisher lediglich einmal jährlich einen losen und unverbindlichen Austausch mit GXO. Bei den christlichen Verbänden OCST und Transfair weiss man von gar nichts, wie Travail-Suisse-Vizepräsident und Mitte-Nationalrat Giorgio Fonio betont. Und auch Marco Forte, der Tessiner Regionalverantwortliche von Syndicom, verneint eine Verbindung seiner Gewerkschaft mit GXO. Unia-Mann Künzler will Zalando jedenfalls beim Wort nehmen: «Wir haben das GXO-Management kontaktiert und erwarten eine konstruktive Zusammenarbeit für die versprochenen fairen Arbeitsbedingungen.» Aber auch Zalando stehe in der Pflicht: «Der Konzern muss mindestens dafür sorgen, dass die Ceva-Arbeiterinnen einen guten Sozialplan bekommen!»

Lohnverhandlungen Baumeister machen ein Alibi-Angebot

Die Unia fordert 250 Franken mehr für alle Bauleute. Die Meister bieten 30 Fränkli – und wollen den Büzern mehr Lohn für die Frührente abknöpfen.

JONAS KOMPOSCH

Ein goldiges Nütetli – so viel legte der Baumeisterverband noch in der ersten Runde der diesjährigen Lohnverhandlungen fürs Bauhauptgewerbe auf den Tisch. Als ob es weder einen Bauboom noch einen Fachkräftemangel noch stetig steigende Lebenskosten gäbe! Am 10. Oktober fand nun die zweite Verhandlungsrunde statt, und diesmal machten die Meister ein erstes Angebot. Es lautet: 0,5 Prozent mehr Lohn für alle und eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 1 Prozent. Chris Kelley von der Unia-Sektorleitung Bau ist ent-

«Das kompensiert nicht einmal die Hälfte der Teuerung.»

UNIA-MANN CHRIS KELLEY



täuscht: «Dieses Angebot kompensiert nicht einmal die Hälfte der Teuerung!» Konkret ergäben 0,5 Prozent mehr – gemessen am Durchschnittslohn – eine Mini-Erhöhung von rund 30 Franken. Doch: «Bei der aktuellen Teuerung von 1,2 Prozent würde dies einen weiteren Reallohnverlust von 0,7 Prozent bedeuten», rechnet Kelley vor. Auch die angebotene Erhöhung der Gesamtlohnsumme habe einen Haken. Denn die Firmen könnten die Summe völlig willkürlich auf Einzelne verteilen.

DER VORSCHLAG DER UNIA

Die Unia hat in den Verhandlungen klargemacht, dass die Bauleute mehr verdienen. Mindestens ein kompletter Ausgleich der Teuerung für alle sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Konkret hat die Unia vorgeschlagen, einen Teuerungsausgleich und eine moderate Realloohnerhöhung auf zwei Jahre zu verteilen. Und zwar so: 125 Franken mehr Lohn ab 2025 und weitere 125 Franken ab 2026. Als Konsequenz würde dafür der Landesmantelvertrag (LMV) um ein zusätzliches Jahr verlängert. Chris Kelley erklärt: «Damit wäre die Kaufkraft gesichert, und gleichzeitig gäbe es für die Betriebe mehr Planungssicherheit. Denn eigentlich läuft der LMV nächstes Jahr aus und müsste ab Anfang 2025 neu verhandelt werden.» Der Baumeisterverband hat diesen Vorschlag zur Kenntnis genommen.

FAR HAT SANIERUNGSBEDARF

Neben dem Lohn war auch die Rente mit 60 (FAR) Diskussionsthema. Denn gemäss zwei sozialversicherungstechnischen Studien braucht es für den FAR vorübergehend zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen. Hintergrund ist eine unerwartete Abnahme der Anzahl aktiver FAR-Beitragszahler. «Der Umfang der nötigen Sanierungen ist aber deutlich kleiner als bei den Anpassungen 2016 und 2019», sagt Kelley. Trotzdem droht Stunk. Denn geht es nach dem Baumeisterverband, sollen die Kosten für zusätzliche Massnahmen vollständig zu Lasten der Bauarbeiter und Poliere gehen. Konkret fordert der Baumeisterverband, einseitig die Lohnabzüge der Arbeitenden zu erhöhen – und zwar um 0,5 Prozent. Geht gar nicht, sagt Kelley, denn: «Damit würde selbst das minime Lohnangebot der Baumeister gänzlich zunichtegemacht!» Die Verhandlungen gehen am 28. Oktober weiter.



GIGANTISCH: Ein 700 Tonnen schwerer Pneukran hebt ein kreisförmiges Element der künftigen Tunnelbohrmaschine an seinen Platz.

Tessin/Uri: Grosser Unmut wegen familienfeindlicher Schichtpläne

Die Gotthard-Mineure wollen ihre Liebsten zurück



UNZUFRIEDEN: Die Mineure an der Versammlung im Baubüro am Gotthard-Südportal in Airolo.



TEAMWORK: Mit vereinten Kräften verschrauben die Búezler die Tunnelbohrmaschine.



LANGWIERIG: Es dauert Monate, bis die 128 Meter lange Tunnelbohrmaschine zusammengebaut ist.

Auf den grossen Tunnelbaustellen in Airolo und Göschenen brodelts. Die Mineure haben kaum noch ein Familienleben. Und den Firmen laufen die Leute davon. Dahinter steckt ein rigoroser Bürokratismus des Staatssekretariats für Wirtschaft.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Es herrscht emsiges Treiben am bergmännischen Portal in Airolo TI. Es ist der 1. Oktober, es nieselt, und der Wind pfeift. Doch die Arbeiter in ihrer orangenen Schutzkleidung schwitzen. Über ihnen ragt ein 700 Tonnen schwerer Pneukran, und an seinem Haken hängt ein gigantisches kreisrundes Element. Es ist ein Stück der Tunnelbohrmaschine, die von hier aus dereinst den Gotthard durchstossen wird. Mit über 12 Metern Durchmesser und 128 Metern Länge wird sie zu den Grosskalibern unter den Tunnelbohrern zählen. Bis es so weit ist, dauert es noch Monate. Eben erst hat ihr Aufbau begonnen.

Doch an diesem Dienstag ist etwas anders: Für zwei Stunden wird praktisch der gesamte Baustellenbetrieb eingestellt. Der Grund: Die Unia hat zu einer Informationsveranstaltung geladen. Und zwar zu einer, die nicht nur die Tunnelbúezler brennend interessiert, sondern auch ihren Arbeitgeber, den Berner Baukonzern Marti. Dieser stellt sogar sein Baubüro als Versammlungslokal zur Verfügung. Und er verrechnet die Teilnahme am Anlass als normale Arbeitszeit. Ein spezielles Setting. Aber noch spezieller sind die Verhältnisse im Schweizer Untertagebau geworden.

ENTFREMDET VON DEN EIGENEN SÖHNEN

Rund 60 Arbeiter in Mineurstiefeln stapfen ins Baubüro, es ist fast die komplette Belegschaft, die zurzeit am Südportal tätig ist. Ihre Mienen sind ernst, die Stimmung geladen. Tunnel-Elektriker Marcín Reichert (34) erklärt: «Wir haben kaum noch ein Familienleben. So kann es nicht weitergehen!» Reichert kommt aus Polen und gehört damit zur Mehrheit der Equipe, die ihren Wohnsitz ausserhalb der Schweiz hat. Zu Hause in Polen warten auf Reichert zwei kleine Kinder und seine Frau. «Ich tue alles, um sie wenigstens drei Mal im Monat zu sehen. Doch der Aufwand und die Kosten sind extrem.» Konkret muss Reichert jeweils mehr als einen Tageslohn aufwerfen, um von Airolo nach Kloten zu fahren und von dort nach Warschau zu fliegen. Dann geht's im Eiltempo weiter in sein Dorf. Und dort bleibt ihm gerade mal ein Tag mit der Familie. Dann muss er schleunigst zurück in den Stollen.

Auch Giuseppe Anello ist frustriert. Der 43jährige Sizilianer ist schon sein halbes Leben Tunnelbauer. Doch seit er am Gotthard stationiert ist, sieht er seine beiden Söhne und seine Frau nur noch selten. Die Konsequenz: «Ich entfremde mich von meiner eigenen Familie!» Anellos Frust ist umso grösser, da er die früheren Verhältnisse kennt.

SCHWEIZ HÄNGT SICH SELBST AB

Zwar gehören lange Arbeitswochen zum Tunnelbau wie die heilige Barbara, die Schutzpatronin der Bergleute. Doch nicht immer waren die Verhältnisse derart familienfeindlich. Das liegt an den Schichtmodellen. Die international verbreiteten Modelle heissen im Fachjargon «10-4», «9-5» und «8-6». Beim Modell «10-4» wird das Stundensoll von zwei Wochen in 10 Tagen abgearbei-

tet, dann gibt's 4 Tage Wochenende. Beim Modell «8-6» wird das gleiche Soll sogar in 8 Tagen geleistet und dann mit 6 freien Tagen kompensiert. Genug Zeit also für die Reise in die Heimat, für Familie und Erholung. Doch damit ist Schluss in der Schweiz! Seit 2017 bewilligt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) keine Modelle mehr, die über 7 aufeinanderfolgende Arbeitstage hinausgehen. Zuvor war dies jahrzehntlang kein Problem. Jetzt argumentiert das Seco plötzlich, es habe überhaupt keinen Handlungsspielraum. Das arbeitsgesetzliche Limit liege bei 7 Tagen – und damit basta. Am Gotthard gilt deshalb folgender Rhythmus: 7 Tage Arbeit, 2 Tage frei, nochmals 7 Tage Arbeit, dann 3 Tage frei, und zuletzt 5 Tage Arbeit und 4 Tage frei. Die Folgen sind heftig.

Seine Frau sehe er nur noch ein- oder zweimal pro Monat, sagt Michael Moser (47), Chefelektriker der Tunnelbohrmaschine. Mosers Heimat liegt am Wörthersee in Österreich. Und dorthin kann er nicht fliegen, sondern muss die 1500 Kilometer hin und her im Auto zurücklegen. Doch für diesen Marathon seien die meisten Wochenenden schlicht zu kurz. «Eine Heimreise bedeutet oft nur Stress auf der Strasse», sagt Moser. Und er kritisiert: «Die Schweiz hat sich selbst ins Abseits manövriert!» In Deutschland, Österreich oder Italien seien die Schichten viel humaner. Und in Norwegen gebe es sogar



«Wir haben kaum noch ein Familienleben. So kann es nicht weitergehen!»
MICHAEL MOSER, CHEFELEKTRIKER DER TUNNELBOHRMASCHINE

das Modell «14-14», also zwei Wochen Urlaub auf zwei Wochen Tunnelbau. Unter Mineuren habe die Schweiz jedenfalls massiv an Attraktivität eingebüsst, zumal auch der Schweizer Lohnvorsprung geschmolzen sei.

SOZIALPARTNER VEREINT GEGEN SECO

Diese Entwicklung bestätigt Rolf Dubach. Er ist Projektleiter Tunnelbau bei Marti und schon seit über dreissig Jahren in der Branche. An der Unia-Versammlung tritt er als erstes nach vorne und hält ein Grusswort als Arbeitgebervertreter der Paritätischen Kommission Untertagebau. Dubach sagt: «In dieser Sache ziehen wir alle am gleichen Strick, Arbeitgeber und Gewerkschaften!» Die Situation sei ernst. Viele Mineure stünden kurz vor der Pension. Und schon jetzt liege der Altersschnitt weit über dem Üblichen. Mit seiner rigiden Bewilligungspraxis verschärfe das Seco den Fachkräftemangel erheblich. Zumal im Untertagebau 90 Prozent des Personals im Ausland rekrutiert werden müssten. Zudem habe der gesellschaftliche Wandel in Sachen Sorgearbeit auch im Tunnelbau Einzug gehalten: «Dass der Mann ein halbes Jahr wegbleibt und einfach Geld heimschickt, wird nicht mehr akzeptiert!»

Nach Dubach ergreift Simon Constantin das Wort, bei der Unia zuständig für den Tunnelbau. Er beteuert: «Wir haben alles versucht, doch das Seco blieb stur!» Jetzt helfe nur noch eine Gesetzesänderung. Die Unia und die Arbeitgeber wollen, dass die Modelle «9-5» und «8-6» wieder möglich werden. Das ist ganz im Sinn der Mineure, wie eine Unia-Umfrage zeigt (siehe Box). Und Constantin betont: «Unser Ziel sind nicht



«Die Schweiz hat sich selbst ins Abseits manövriert.»
MICHAEL MOSER, CHEFELEKTRIKER DER TUNNELBOHRMASCHINE

lange Wochenenden zum Preis von langen Arbeitstagen. Es geht nicht um eine Steigerung der Produktivität, sondern um eine bessere Organisation der Schichten!»

VERBESSERUNG FRÜHESTENS 2026

Sind aber Forderungen nach mehr Flexibilität und Ausnahmen vom Arbeitsgesetz nicht heikel für eine Gewerkschaft? Nicht unbedingt, sagt Gianluca Bianchi, Bausekretär der Unia Tessin und seit Jahren ein enger Begleiter der Gotthard-Búezler. «Als Gewerkschaft sind wir gegen Flexibilisierung, wenn sie nur den Bossen nützt, also etwa die Arbeiter in intensiven Zeiten auspresst wie Zitronen und sie in mageren Monaten einfach fallen lässt.» Ganz anders sei es, wenn Flexibilisierung ein echtes Familienleben und Erholung ermögliche. Wichtig sei: Die angestrebte Ausnahme dürfe ausschliesslich für den Tunnelbau gelten. Und auch dort soll sie nur zum Zug kommen, wenn die Belegschaft der jeweiligen Baustelle und die Gewerkschaften ihr zustimmen. Genau dieses Anliegen tragen die grossen Firmen und die Unia nun an den Bund. Ende Oktober ist eine Sitzung mit der Eidgenössischen Arbeitskommission anberaumt. In Kraft treten dürfte eine Gesetzesänderung allerdings erst 2026.

Ob der Geduldsfaden am Gotthard bis dahin hält? Am Versammlungsende in Airolo gingen die Wogen jedenfalls hoch: «Wir wollen unsere Kinder noch aufwachsen sehen!» Oder: «Soll doch das Seco in den Tunnel!» work bleibt dran.

Unia-Umfrage: Zurück in die Zukunft, aber ohne «Schnapstag»!

Die Unia hat 400 Mineure aus allen Landesregionen zu ihren bevorzugten Schichtmodellen befragt. Die Resultate unterscheiden sich je nach Baustelle. Während auf kleinen Baustellen oft Mineure zum Einsatz kommen, die abends nach Hause können, sind auf Grossbaustellen mehrheitlich Auswärtige im Einsatz, die vor Ort in Containern wohnen. Auf Kleinbaustellen ist das beliebteste Schichtmodell das klassische «5-2», auf Grossbaustellen wollen dagegen 91 Prozent die Modelle «8-6» oder «9-5». Dafür sind auch 88 Prozent dieser Mineure bereit, jedes zweite Wochenende zu arbeiten.

UNNÖTIG. Einigkeit besteht auch beim sogenannten Schnapstag. Dieser ist eine Eigenart im Tunnelbau und dient den Arbeitgebern lediglich dazu, einen überlangen Arbeitsturnus legal zu machen – durch Einschub eines freien Tages, eben den Schnapstag. Besonders an abgelegenen Orten und in einsamen Baracken ist der Name Programm. Doch Unia-Mann Gianluca Bianchi weiss: «Der Schnapstag wird von den allermeisten als unnützer und verlorener Tag abgelehnt.» (jok)

Arbeitsunfälle vermiesen die Freizeit. Schütz dich.

Was du für
mehr Sicherheit
tun kannst:
suva.ch/sicherheit

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Ex-Häftling Manuel Matzke (37) kämpft für Gewerkschaftsrechte hinter Gittern

«Im Knast gilt Streik als Meuterei!»

Vor zehn Jahren gründeten Berliner Gefängnisinsassen eine kleine Gewerkschaft. Heute zählt die Gefangenengewerkschaft / Bundesweite Organisation (GGBO) Tausende Mitglieder in ganz Deutschland. Arbeitskampf hinter Gittern? Sprecher Manuel Matzke klärt auf.

LORENZ NÄGELI*

work: Herr Matzke, Sie sind Bundessprecher der GGBO, einer europaweit einzigartigen Institution. Warum braucht es diese?

Manuel Matzke: Menschen in Haft haben keine Lobby. Denn mit Gefangenenfürsorge gewinnt man keine Wahlen. Und so herrschen unhaltbare Zustände: Die Jungs und Mädels in Haft bekommen im

«Innerhalb einer Woche waren die Hälfte der Insassen Mitglieder.»

Schnitt 1,30 bis 2 Euro pro Stunde für ihre Arbeit. Arbeit im Gefängnis gilt ja als Behandlungsmassnahme, die primär der Resozialisierung dienen soll. Damit wird die niedrige Vergütung gerechtfertigt. Doch das ist totaler Quatsch! In Deutschland arbeiten über 80 Prozent aller Inhaftierten für externe Firmen. Und da reden wir nicht vom kleinen Unternehmen um die Ecke, sondern etwa vom Haushaltsgeräte-Giganten Miele oder von der Gartenprodukte-Marke Gardena.

Profiteure der Tiefstlöhne sind also vor allem private Firmen...

Ja. Doch wenn Arbeit wirklich der Resozialisierung dienen soll, dann muss das anders laufen. Resozialisierung funktioniert nur, wenn Arbeit wertgeschätzt wird. Zudem haben die meisten Inhaftierten hohe Schulden, aber keine Möglichkeit, diese während ihrer Haftzeit abzubauen. Das ist ein Fehler im System. Wer mit Schulden aus dem Knast geht, kommt wahrscheinlich wieder zurück.

Die Verschränkung von Industrie und Gefangenearbeit ist alt, die GGBO aber erst zehn Jahre jung. Wie kam es zur Gründung?

Es begann im Mai 2014 in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel bei Berlin. Dort sass Oliver Rast, ein Gefangener aus dem linksautonomen Spektrum. In der hauseigenen Buchbinderei verdiente er um die 1,30 Euro und musste vor allem Gesetzesbücher oder Justizbroschüren binden. Gegen diese Ausbeutung wollte er sich wehren und hat innerhalb und ausserhalb der Mauern sein Umfeld mobilisiert.

Wie geht das eigentlich, mobilisieren in Haft?

Wir draussen halten Brief- und Telefonkontakt zu Hunderten, die einsitzen. Und auch zahlreiche Juristinnen und Sozialarbeiter verweisen auf uns. Unsere wichtigsten Multiplikatoren sind aber die Inhaftierten selbst. Die Nachricht über die Gründung verbreitete sich rasch. So wurde aus der Gefangenengewerkschaft Tegel eine bundesweite Organisation.

Und wie kamen Sie dazu?

Ich war zu der Zeit in der JVA Zeithain in Sachsen inhaftiert und habe durch den «Lichtblick» von der GGBO erfahren. Diese Gefangenenzeitschrift wird in ganz Deutschland verteilt. Wir haben dann eine lokale Sektion gegründet, und innerhalb einer Woche waren die Hälfte der Zeithainer Insassen Mitglieder.

Sie haben also einen Nerv getroffen. Mit welchen Forderungen?

Erstens: Stop der Arbeitsausbeutung und Einbezug der Gefangenen in den gesetzlichen Mindestlohn. Zweitens: soziale Leistungssysteme auch für Gefangene. Und drittens: volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern. Wenn du heute im Gefängnis deine Ar-



Manuel Matzke: Vom Knacki zum politischen Kämpfer

Manuel Matzke arbeitet heute als Geschäftsführer für die Partei Die Linke im sächsischen Landkreis Meissen. Und als Sprecher der GGBO verkehrt er auch mal im Berliner Bundestag oder bei lokalen Justizsenatorinnen. Von 2014 bis 2021 sass er wegen Körperverletzung und Wirtschaftsbetrugs im Gefängnis. Dort verdiente er als Automechaniker 1,30 Euro pro Stunde. Heute zählt seine Gewerkschaft laut eigenen Angaben Mitglieder im fünfstelligen Bereich und ist in fast allen Anstalten Deutschlands präsent. (jok)

beit niederlegt, dann gilt das als Meuterei, was ein schwerer Straftatbestand ist. Das ist absolut fatal! Doch mir ist wichtig zu betonen, dass wir uns nicht auf diese Hauptforderungen beschränken. Wir sind bis heute eine ehrenamtliche Selbstorganisation und orientieren uns immer an den Bedürfnissen, die aus dem Vollzug heraus formuliert werden.

Wie kommt all das bei Behörden und Gefängnisdirektoren an?

Am Anfang zogen sie alle Register, um die Gewerkschaftsgründung zu unterbinden. Sie hielten Briefe an, behinderten die Verbreitung von Infomaterial oder drohten unseren Vertretern mit Konsequenzen. Aber die Dynamik war bereits zu stark. Später stellte ein Gericht fest, dass die Koalitionsfreiheit auch in Haft gilt, dass also auch Gefangene Gewerkschaften gründen dürfen. Das war ein Meilenstein ...

... mit praktischen Folgen?

Durchaus! Heute werden unsere Sektionsversammlungen zugelassen. In einigen Anstalten sind sogar Versammlungen mit externer Beteiligung möglich. Dort haben die Anstaltsleitungen begriffen, worum es geht: Gemeinsamer Austausch ist essentiell! Wenn mir in meiner Zeit bei der GGBO eines klar wurde, dann, dass Gewerkschaftspolitik Bildungspolitik ist. Und das ist auch für den Resozialisierungsprozess zentral. Inhaftierte erfahren mit uns praktische Solidarität. Das ist etwas, das sie bei ihrer Entlassung mitnehmen.

Auch auf dem institutionellen Parkett ist die GGBO heute etabliert. Deutlich wurde dies 2022 vor dem Bundesverfassungsgericht. Ein Inhaftier-

Knausriger Nationalrat **Kein Geld mehr für work & Co.**

Der Nationalrat will den Beitrag an die Mitgliedschafts- und Stiftungspreise kübeln. Betroffen wären 1000 Titel – auch jene der Unia.

JONAS KOMPOSCH

Eigentlich hätte alles ganz anders kommen sollen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats hatte 2022 beantragt, die indirekte Presseförderung auszubauen. Konkret forderte die Kommission, die Förderung der Tages-

Die SVP sang das alte Loblied auf den «freien Markt».

gestellung von Regional- und Lokalzeitungen aufzustocken – von heute jährlich 30 auf neu 45 Millionen Franken. Zudem wollte die Kommission auch der Mitgliedschafts- und Stiftungspreise stärker unter die Arme greifen. Solche Titel, darunter auch die Unia-Zeitungen work, Area und L'Événement syndical, erhalten aktuell eine Zustellermässigung bei der Post in der Höhe von 20 Rappen pro Exemplar. Dieses Budget wollte die Kommission von 20 auf 30 Millionen heben. Doch in der grossen Kammer hatte das Anliegen einen schweren Stand.

KILLERTRIO SVP, FDP, GLP. Die Mehrheit der SVP sang das alte Loblied auf den «freien Markt» und lehnte jede Presseförderung ab. Und die FDP stellte ihre Unterstützung für die Regionalpresse unter eine Bedingung: Als «Kompensation» müsse der Stiftungs- und Mitgliedschaftspreise der Hahn zugedreht werden. Und zwar komplett. FDP-Mann An-



SPARFUCHS: FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt hält nicht viel von Verbandspreise. FOTO: KEYSTONE

dri Silberschmidt begründete dies mit der angeblich «angespannten finanziellen Lage» beim Bund. Zudem sei die Mitgliedschaftspreise «für die Demokratie nicht so unabdingbar». Dies überzeugte zwar Mitte, Grüne und SP nicht, dafür die Grünliberalen. Mit ihnen war eine hauchdünne rechte Mehrheit gezimmert – und die Hilfe für die Verbandspreise dahin. In der Schlussabstimmung konnte immerhin die stärkere Förderung des Lokal- und Regionaljournalismus gerettet werden. Das Geschäft geht nun in den Ständerat. Falls dieser nicht korrigiert, beginnt für viele Mitgliederzeitungen ein Überlebenskampf.

HOFFENAUFS «STÖCKLI». Noch profitieren nämlich fast 1000 Publikationen von der verbilligten Zustellung. Die Liste ist so bunt wie die helvetische Vereinslandschaft: «Berner Hauseigentümer» oder «Schweizer Soldat». Aber auch «GSoA-Zitig» oder «Info Birdlife». Die grössten Finanzverluste drohen aber Grosspublikationen wie dem «Touring», dem Magazin für 1,6 Millionen TCS-Mitglieder. Auch die Unia-Zeitungen müssten Abstriche machen. work erhält pro Jahr rund 180000 Franken Zustellermässigung. Vielleicht kommen die Bürgerlichen noch zur Vernunft. Denn auch ihre Blätter geraten unter Druck. Bei der «Gewerbezeitung» ist man gar nicht erfreut. Und Simon Langenegger, Verlagsleiter des «Schweizer Bauer», sagt: «Wir hoffen, dass der Ständerat noch korrigierend Einfluss nimmt.»

*Lorenz Naegeli ist Journalist beim Zürcher Recherche-kollektiv WAV und Mitautor der neuen WOZ-Beilage (wobei) «Weggesperrt. Hinter Schweizer Gefängnismauern».

PR
OF
IT

Hun
ger
löh
ne

Bekämpfe die weltweite
Ungleichheit mit uns: solidar.ch

solidar
suisse

Die kirchliche Fachstelle
bei Arbeitslosigkeit

Lernstuben

www.lernstuben.ch

DFA

Gesucht: Freiwillige zur Unterstützung in der Bewerbungswerkstatt der Lernstube Winterthur

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Zürich hat mit den dezentralen «Lernstuben» ein niederschwelliges Angebot kreiert, wo Menschen mit fehlenden Grundkompetenzen (Sprache, Rechnen, IT und mehr) in ihren Lernbemühungen unterstützt werden.

Eines der Pflichtmodule ist eine sogenannte Bewerbungswerkstatt, wo Stellensuchende lernen können, wie sie ihre Bewerbungsunterlagen selbständiger erstellen können.

Die Kirchliche Fachstelle bei Arbeitslosigkeit DFA führt im Auftrag des Vereins Offene Sozialarbeit Winterthur (Trägerschaft der Lernstube Winterthur) die Bewerbungswerkstatt in Winterthur, jeweils am Donnerstagnachmittag zwischen 14 h und 17 h.

Um mit dem Angebot mehr Menschen unterstützen zu können, suchen wir Freiwillige, die bereit sind, Ratsuchende bei der Erstellung / Anpassung von Bewerbungsunterlagen oder bei E-Mail- und Online-Bewerbungen anzuleiten und zu unterstützen.

Mehr zu dieser spannenden Aufgabe erfahren Sie unter www.dfa.ch/freiwillig.php oder telefonisch beim Freiwilligen-Koordinator der DFA: fw-koordination@dfa.ch, Tel. 044 298 60 94 (Mo-Do)

Investieren und bis 1000 Franken Bonus sichern

Investieren Sie in unsere Anlagelösung* und profitieren Sie von den Vorteilen einer Vermögensverwaltung und unserer langjährigen Anlagekompetenz. Wählen Sie aus vier nachhaltigen Anlagestrategien und nutzen Sie die Renditechancen an den Finanzmärkten.



Bonusberechtigt sind Sie für zwei Jahre ab Eröffnung der Anlagelösung und einer Investition von 10000 CHF. Auf zusätzliche Einzahlungen erhalten Sie 10% Bonus, maximal 500 CHF pro Jahr. Der Bonus wird automatisch in Ihre Anlagelösung investiert. cler.ch/unia

* Die Hinweise zur Anlagelösung dienen ausschliesslich Werbezwecken. Bei der Anlagelösung Bank Cler handelt es sich um einen Strategiefonds mit verschiedenen Teilvermögen. Für den Prospekt und die Basisinformationsblätter verweisen wir auf cler.ch

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

500 Jahre Schlüsselübergabe des Zürcher Fraumünsters

Herrin, Äbtissin, Mutter

Als Herrin von Zürich bewahrte sie die Stadt vor Blutvergiessen und auch ihre Unabhängigkeit: Katharina von Zimmern, Äbtissin des Fraumünsterklosters. Doch dann geriet sie in Vergessenheit, vergraben unter einer dicken Schicht Männergeschichte.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Es ist das Jahr 1524, und Zürich hält den Atem an: In Wipkingen zerschlagen Zwingli-Anhänger Bilder von Heiligen und versenken sie im See. In Ittingen stürmen Bauern das Kloster. Die Ideen des Reformators Huldrych Zwingli gewinnen in Windeseile an Popularität. Er setzt auf das Wort allein, das Evangelium, verbannt Orgeln und Altäre aus den Kirchen. Und er kämpft gegen das weitverbreitete Söldnertum. Die alte Eidgenossenschaft und die katholische Kirche halten gegen die Reformation und am wirtschaftlich und politisch wichtigen Söldnertum fest. Zürich steht vor einem Krieg um den rechten Glauben.

65 EIMER WEIN

Jetzt hängt alles davon ab, was die Herrin von Zürich tut. 1524 heisst sie Katharina von Zimmern, Äbtissin des Fraumünsters. Seit drei Jahrhunderten schon ist die jeweilige Fraumünster-Äbtissin zugleich Stadtherrin. Ihr Bild ist auf Münzen geprägt, dem Kloster gehören zahlreiche Höfe, Mühlen, Stadthäuser. Die Äbtissinnen heissen Könige willkommen, verfügen über Begnadigungen und über Asyl. Katharina von Zimmern hat die Abtei finanziell saniert, umgebaut und ihre Wohnung mit teils frivolen Motiven geschmückt. Angesichts der Bedrohung durch die Reformatoren könnte die mächtige Kirchenfrau katholische Truppen zu Hilfe rufen. Doch Katharina, den Ideen der Reformation zugeneigt, entscheidet sich gegen die Kirche. Und verhindert damit ein Blutvergiessen. In einer auf den 8. Dezember 1524 datierten Urkunde übergibt sie das Kloster mitsamt seinen Reichtümern dem Zürcher Rat, ohne Zwang, wie sie schreibt. Katharina von Zimmern gibt ihre Macht ab, nicht aber ihre Eigenständigkeit. So behält sie ihre Wohnung im Kloster, einen Gemüsegarten, pro Jahr eine vereinbarte Menge an Brennholz, 353 Pfund Zürcher Währung und 65 Eimer Wein (etwa 7000 Liter).

KIND IM KLOSTER

Katharina von Zimmern musste als Mädchen ihr herrschaftliches Schloss im deutschen Messkirch verlassen, weil ihr Vater beim Kaiser in Ungnade ge-



KÜHNE KLOSTERFRAU: Katharina von Zimmern hat die Geschichte von Zürich massgebend mitgeprägt, ein Bild von ihr gibt es aber nicht. Diese Darstellung wurde mit KI erstellt. FOTO: ZVG (ZÜRCHER ALTSTADTKIRCHEN) / KI-GENERIERT

fallen war. Mit 13 Jahren gab der Vater sie ins Fraumünsterkloster, mit 18 wurde sie Äbtissin, führte das Kloster 28 Jahre lang. Danach heiratete sie! Ausgerechnet den verarmten Söldnerführer Eberhard von Reischach. Ihn kannte sie bereits, als sie ins Fraumünsterkloster eintrat. Gut möglich, dass er auch der Vater ihrer ersten Tochter war, die sie als Äbtissin wohl hinter den Klostermauern gebar.

REICHE, MÄCHTIGE FRAUEN

Katharina von Zimmern und ihre Vorgängerinnen gerieten in Vergessenheit, begraben unter einer dicken Schicht Männergeschichte. Bis sie eine Frauengruppe vor 20 Jahren wiederentdeckte. Jetzt, 500 Jahre nach der «Schlüsselübergabe», widmet die Stadt Zürich der Äbtissin zahlreiche Veranstaltungen und einen zweiten Turm am Fraumünster (katharina2024.ch/500-jahre-jubiläum). Dabei ist die Aufhebung des Klosters nicht nur Grund zum Feiern, zumindest nicht für die Frauen. Denn Klös-

ter waren im mittelalterlichen Europa oft die einzige Möglichkeit, vom vorgezeichneten Weg als Ehefrau und Mutter abzuweichen. Viele Klöster verfügten über grosse Macht. Die Herrschenden gründeten Klöster an strategisch wichtigen Orten und besetzten deren Spitzen mit loyalen Frauen und Männern. Und nicht selten verfügten die Klöster über veritable Vermögen, nicht von Gottes Gnaden, sondern von Frauen-Gaben. Klosterfrauen gingen beim Aufbau ihres Vermögens zielstrebig und strategisch vor, wie die Historikerin Annalena Müller am Beispiel des Frauenklosters Klingental in Basel zeigt. «In allen relevanten Wirtschaftszweigen ihrer Zeit waren die Frauen aktiv und gingen dabei äusserst umsichtig vor. Manch ein CS-Manager hätte wohl von ihnen lernen können.» Irgendwie passend, dass Bundesrätin und Bankerretterin Karin Keller-Sutter anlässlich der Jubiläumsfestlichkeiten eine Rede über ihre «Tatmomente» hält.

Podium in Winterthur
Migration & Widerstand

Die Migrationsgruppe der Unia Zürich-Schaffhausen lädt ins Winterthurer Museum Schaffnen zum runden Tisch. Im Zentrum steht die Frage, wie Migrantinnen und Migranten für würdige Arbeit und Anerkennung kämpfen – und wie sie das noch heute tun. Mit dabei sind der italienische Schriftsteller Alberto Prunetti, Catia Porri, die sich als Saisonierkind vor der Fremdenpolizei verstecken musste, und Angela Siciliano, Köchin und Unia-Aktivistin. Moderiert wird der Anlass von Mattia Lento, Journalist bei der Tessiner Unia-Zeitung Area. Gesprochen wird auf deutsch und italienisch, mit Simultanübersetzung. Passend zum Thema zeigt das Museum «Reality Check», eine Ausstellung zum Einwanderungsland Schweiz.

Podium **Mit unserer Stimme: Geschichten von Migration, Arbeit und Widerstand**, 26. Oktober, 17 bis 18.30 Uhr, im Anschluss Apéro, Museum Schaffnen, Lagerplatz 9, Winterthur. Anmelden unter: rebrand.ly/podium-winti.

Jeans-Produktion
Gift & Tod für «Used Look»

Man sieht sie überall – abgewetzte, scheinbar verbrauchte Jeans. Doch die Hosen sind nicht alt, «Used Look» oder «Vintage» nennt sich das. Die SRF-Sendung «Kassensturz» ist in die Türkei gereist und zeigt, unter welchen Umständen diese Jeans produziert



FOTO: PEXELS

werden. Es geht um Kinderarbeit, kranke Arbeiter, viel Gift und eine verheerende Umweltkatastrophe. Im Beitrag kommt auch Bego Demir vor: work-Fans erinnern sich: Demir ist Aktivist der internationale Clean Clothes Campaign. Als ehemaliger Textilarbeiter musste er Jeans sandstrahlen – für den «Used Look». Er erkrankte schwer, seine Arbeitskollegen starben sogar. Sandstrahlen ist dank Demir heute verboten. Doch jetzt setzt die Industrie einfach auf Chemie.

Mode um jeden Preis – die Schattenseiten der Jeansproduktion in der Türkei, SRF-Kassensturz, 18.30 Minuten, online unter: rebrand.ly/used-jeans.

Tagung in Bern
Arbeitszeit runter!

Mit 42 Arbeitsstunden pro Woche arbeiten Vollzeitangestellte in der Schweiz am längsten in ganz Europa. Die Unia will das ändern. Es braucht mehr Zeit zum Leben! An einer Tagung werden nun mögliche Handlungspisten für die Schweiz ausgelotet. Zudem berichten Gewerkschafterinnen der deutschen IG Metall und der belgischen SETCa von ihren Erfahrungen. Ebenso die Unia-Kollegen Simon Constantin (Bau) und Kaspar Bütikofer (Gewerbe). Das Auftaktreferat hält Historiker Stefan Keller. Er erzählt, wie Arbeitende früher ihre Arbeitszeit verkürzten.

26. Oktober, 10 bis 16 Uhr, danach Apéro, Progr, Speichergasse 4, Bern. Anmelden: rebrand.ly/tagung-bern.

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

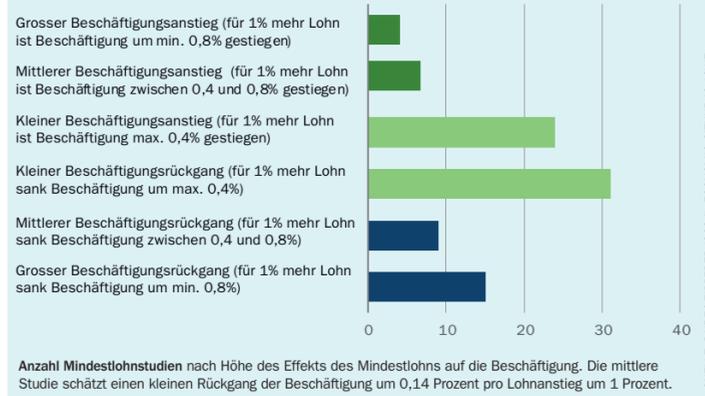
**MINDESTLÖHNE WIRKEN – WIE GEWÜNSCHT**

Die Wirtschaftswissenschaften haben nur wenige Themen stärker erforscht als Mindestlöhne. Das gilt besonders für die letzten 30 Jahre. Sie brachten zahlreiche Studien zur Wirkung von Mindestlöhnen hervor. Dank neuen Methoden und Daten wurden die Studien immer besser. Zwei führende Mindestlohnforscher zeigen nun in einer Übersichtsarbeit, dass Mindestlöhne vor allem das tun, was man von ihnen erwartet: Sie erhöhen die Löhne von Tieflohnbeschäftigten. Auf die Zahl der Arbeitsplätze – und damit die Arbeitslosigkeit – haben sie aber kaum einen Einfluss. Teilweise finden die Studien gleich viele oder sogar zusätzliche Arbeitsplätze dank einem Mindestlohn. Selbst wenn die Studien einen Rückgang der Beschäftigung messen, fällt er im Vergleich zu den Lohnerhöhungen klein aus. Unter dem Strich erhöhen sich die Einkommen der Arbeitnehmenden deutlich.

AUCH IN DER SCHWEIZ. Neue Untersuchungen aus der Schweiz bestätigen den Befund. Für den Mindestlohn

in Genf konnten gleich zwei Studien im Auftrag des Kantons keinen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit nachweisen. Selbst bei jungen Beschäftigten ohne Lehre finden sich keine besorgniserregenden Auswirkungen. Auch der Tessiner Mindestlohn kann nicht mit höherer Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht werden. Er erhöhte aber die tiefsten Löhne merklich, wie eine neue Untersuchung der Universität der italienischen Schweiz zeigt.

GEGENMACHT NÖTIG. Mindestlöhne führen zu höheren Löhnen und nicht zu mehr Arbeitslosigkeit, weil sie den Arbeitgebern einen Riegel schieben, die Löhne zu drücken. Denn Unternehmen zahlen nämlich meist weniger, als was sie sich eigentlich leisten könnten. Das gilt besonders im Tieflohnbereich, wo Arbeitnehmende nur wenige Alternativen haben und deshalb gezwungen sind, für einen tiefen Lohn zu arbeiten. Selbst mit einem Mindestlohn lohnt sich deshalb das Geschäft für die Firmen. Die Arbeit-

Mindestlohn hat kaum Einfluss auf Arbeitslosigkeit

geber drücken aber auch die Löhne von Arbeitnehmenden mit höherem Einkommen. Das sehen wir derzeit gut: So verdienen heute viele Arbeitnehmende nach Abzug der Teuerung weniger als 2020. Der Macht der Arbeitgeber, Lohnfortschritte zu ver-

weigern, muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Das Instrument der Wahl sind hier nicht staatliche Mindestlöhne, sondern starke Gewerkschaften.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



Das offene Ohr

Francesco Salerno von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosenkasse I: Darf die Kasse rückwirkend Geld von mir einfordern?

Nach der Kündigung durch meine ehemalige Arbeitgeberin habe ich mich beim RAV zur Stellenvermittlung angemeldet und bei der Arbeitslosenkasse den Antrag auf Arbeitslosenentschädigung eingereicht. Da ich nach zwei Monaten Arbeitslosigkeit eine neue Stelle gefunden habe, konnte ich mich von der Stellenvermittlung abmelden. Einen Monat danach erhalte ich nun von der Arbeitslosenkasse eine Verfügung. In dieser steht, dass ich aufgrund selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit Einstelltage erhalte. Diese könnten aufgrund der Abmeldung nicht mehr mit laufenden Zahlungen getilgt werden, und demzufolge müsse ich einen Teil der erhaltenen Arbeitslosenentschädigung zurückzahlen. Darf die Arbeitslosenkasse das tun?

FRANCESCO SALERNO: Ja, die Arbeitslosenkasse darf Einstelltage rückwirkend tilgen, indem sie bereits ausbezahlte Taggelder zurückfordert. Dies ist der Fall, wenn die Abklärungen in Bezug auf eine allfällige selbstverschuldete Arbeitslosigkeit bis zur Abmeldung noch nicht abgeschlossen sind und die Tilgung der Einstelltage mit laufenden Zahlungen nicht mehr möglich ist. Wich-



GELD ZURÜCKZAHLN: Auch nach der Abmeldung von der Arbeitslosenkasse kann diese Geld einfordern. FOTO: KEYSTONE

tig ist, dass die Arbeitslosenkasse die Verfügung innerhalb der sechsmonatigen Vollzugsfrist erlässt. Diese beginnt am ersten Tag nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Wenn Sie mit der Verfügung nicht einverstanden sind, müssen Sie in 30 Tagen ab Erhalt eine Einsprache einreichen, auch wenn Sie abgemeldet sind.

Arbeitslosenkasse II: Warum kann ich nach der Abmeldung bestraft werden?

Nach drei Monaten Arbeitslosigkeit konnte ich eine neue Stelle antreten und mich von der Stellenvermittlung abmelden. Einen Monat nach der Abmeldung habe ich vom RAV eine Verfügung erhalten, in welcher stand, dass ich aufgrund zu spät eingereicherter Arbeitsbemühungen Einstelltage erhalte. Da ich bereits abgemeldet war, habe ich dieser Verfügung nicht grosse Beachtung geschenkt. Einen Monat danach habe ich nun von der Arbeitslosenkasse eine Verfügung erhalten, in welcher erwähnt wird, dass ich aufgrund der vom RAV verfügten Einstelltage einen Teil der bezogenen Entschädigung zurückzahlen müsse. Ist dieses Vorgehen korrekt?

FRANCESCO SALERNO: Ja. Die Arbeitslosenkasse muss die vom RAV verfügten Einstelltage umsetzen. Aufgrund Ihrer Abmeldung kann sie dies nur in Form einer Rückforderung bereits bezahlter Arbeitslosenentschädigung tun. Wenn Sie mit der Rückforderungsverfügung nicht einverstanden sind, müssen Sie in 30 Tagen ab Erhalt eine Einsprache einreichen. Eine Korrektur der Rückforderung wird jedoch schwierig. Die Verfügung vom RAV ist bereits rechtskräftig und eine Einsprache dagegen bzw. gegen die Einstelltage nicht mehr möglich.

Die Unia schützt und bildet ihre Mitglieder – und verhilft ihnen zu allerlei Vergünstigungen

Warum es sich für Sie lohnt, bei der Unia zu sein

Für Ihre Rechte aktiv: Die Unia kämpft – unterstützt von ihren Mitgliedern – für soziale Gerechtigkeit und bessere Bedingungen bei der Arbeit. Eine Unia-Mitgliedschaft lohnt sich aus verschiedensten Gründen. work liefert überzeugende Argumente.

MARIA KÜNZLI

KÄMPFERISCH. Die Unia kämpft für Sie und mit Ihnen bessere Arbeitsbedingungen. Zum Beispiel ist sie bei GAV-Verhandlungen mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern immer auf Ihrer Seite und holt in Sachen Arbeitsbedingungen und faire Löhne das Bestmögliche für Sie heraus. Nur wenn viele Arbeitnehmende Unia-Mitglied sind, gibt es einen guten GAV.

POLITISCH. Die Unia ist Ihre starke Schulter auf allen politischen Ebenen: Sie organisiert Streiks und 1.-Mai-Umzüge, setzt sich mit Entscheidungsträgerinnen an einen Verhandlungstisch, schreibt Manifeste und sorgt mit Referenden dafür, dass im Bundeshaus die Interessen der Arbeitnehmenden niemals vergessen gehen.

SCHÜTZEND. Als Unia-Mitglied profitieren Sie von kostenloser Rechtsberatung bei Problemen, die Ihre Arbeit betreffen. Möchten Sie eine Kündigung anfechten, haben Sie ein arbeitsrechtliches Dokument erhalten, das in komplizierter Fachsprache ge-

Die Unia ist Ihre starke Schulter auf allen politischen Ebenen.

schrieben ist, oder sind Sie Opfer von Mobbing oder sexueller Belästigung am Arbeitsplatz? Die regionalen Unia-Beraterinnen und -Berater helfen gerne weiter und unterstützen Sie auch in juristischen Belangen. Jahr für Jahr erstreitet die Unia für ihre Mit-



WORKTIPP

INFORMIERT BLEIBEN

Sie möchten wissen, was sich bei der Unia gerade so tut, welche Kampagnen und Aktionen aktuell sind und welche Themen rund um die Arbeitswelt auf dem Politparkett verhandelt werden – oder werden sollten? Dann abonnieren Sie am besten den Newsletter der Unia: einfach anmelden unter rebrand.ly/unia-newsletter. Möchten Sie den Newsletter einmal nicht mehr, können Sie sich jederzeit wieder abmelden: Am Ende jedes Newsletters gibt es einen Link, mit dem Sie ihn abstellen können. Ihre Mailadresse wird dann automatisch aus dem Verteiler gelöscht.

ZUM BEISPIEL DETAILHANDEL: Die Unia setzt sich mit den Coop-Verkäuferinnen dafür ein, dass die Löhne steigen – wie hier an der Lohndemo in Bern. FOTO: LUCAS DUBUIS

ten work regelmässig per Post. Darin steht Aktuelles und Hintergrundes rund um die Arbeitswelt.

BILDEND. Sie möchten sich weiterentwickeln und Neues dazu lernen? Die Unia bietet Sprachkurse, spezifische berufliche Weiterbildungen und Standortbestimmungen an. Bei berufsorientierten Weiterbildungen bezahlt die Unia ihren Mitgliedern 50 Prozent der Kurskosten (maximal 750 Franken pro Jahr) – das beinhaltet auch Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten.

Möchten Sie bei der Unia eine Kostenbeteiligung beantragen, reichen Sie vorgängig ein Gesuch Ihrer Region ein. Bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, haben Sie ausserdem pro Jahr einen Kurs kos-

tenlos zugute. Und garantiert werden Sie dort fündig: Das Angebot ist sehr breit und deckt die Bereiche Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Politik, Wirtschaft, Management, Kommunikation und Informatik ab. Alle Infos zu Movendo finden Sie auf www.movendo.ch.

ERHOLSAM. Als Unia-Mitglied sparen Sie auch in der Freizeit und in den Ferien. Zum Beispiel können Sie pro Jahr bis 500 Franken Reka-Geld mit einem Spezialrabatt (mindestens 5 Prozent, je nach Region) erwerben. Mit Reka-Geld können Sie Bahn- und Busreisen bezahlen, und Sie können die Checks auch in vielen Hotels und Restaurants sowie in Reisebüros einlösen. Bei der Buchung einer Reka-Ferienwohnung im In- oder Ausland erhalten Sie zudem

WILLKOMMEN IN DER IG!

AKTIV WERDEN

Möchten Sie aktiv bei der Unia mitmachen? Dann können Sie sich zum Beispiel in einer der vier Interessengruppen (IG) einbringen:

FRAUEN. In der IG Unia-Frauen engagieren sich Frauen aus allen Berufen für Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Chancengleichheit. Je nach Region gibt es ein spezielles Programm für Frauen, zum Beispiel gemeinsame Ausflüge oder Abendkurse.

JUGEND. In der Unia-Jugend setzen sich Lernende und junge Arbeitnehmende gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen, für eine starke Arbeiterbewegung, gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen Rassismus ein. Die IG organisiert regelmässig internationale Jugendtreffen, Skilager und gemeinsame Ausflüge.

MIGRATION. Die Mitglieder der Unia-Migration diskutieren regelmässig über ihre Erfahrungen und politischen Forderungen rund um die Arbeitswelt und darüber hinaus. Sie entwerfen jährlich ein Arbeitsprogramm mit Lösungen für die Probleme im Arbeitsalltag von Migrantinnen und Migranten.

RENTNER:INNEN. In der Interessengruppe Unia-Rentner:innen vereinen sich in regionalen Gruppen pensionierte Menschen, um die Lebensqualität im Pensionsalter zu erhalten. Generationenübergreifende Solidarität ist der IG ein zentrales Anliegen. (mk)

rebrand.ly/interessengruppen

Wohneigentum. Und Sie sparen während zweier Jahre mindestens 260 Franken – dank dem kostenlosen Bankpaket Classic (inkl. Debit- und Kreditkarte). Infos dazu finden Sie hier: rebrand.ly/unia-cler.

Auch versicherungstechnisch gibt es Vorteile: Bei der Versicherung Smile können Unia-Mitglieder Hausrat- und Privathaftpflichtversicherungen sowie Motorfahrzeug- und Reiseversicherungen zu einem Spezialtarif abschliessen. Infos gibt es hier: rebrand.ly/unia-smile.

FAMILIENFREUNDLICH. Zu zweit fahren Sie günstiger: Falls in Ihrem Haushalt bereits ein Unia-Mitglied wohnt, bezahlt jene Person mit dem tieferen Einkommen nur die Hälfte des regulären Mitgliederbeitrags.

10 Prozent Rabatt, bei den Unia-Partnerhotels sogar 10 bis 20 Prozent (weitere Infos: rebrand.ly/reka-ferienwohnungen).

GÜNSTIG UNTERWEGS. Auch im Verkehr fahren Sie mit der Unia flüssig – oder zumindest günstiger. Als Unia-Mitglied ist der erste Jahresbeitrag beim Verkehrsclub der Schweiz (VCS) beim Abschluss einer Pannensicherung für Auto und E-Bike geschenkt. Sind Sie unter 25 Jahre alt? Dann erhalten Sie 100 Franken Rabatt auf den WAB-Kurs (obligatorische Zweiphasenausbildung für Neulenkerinnen und -lenker).

SPARSAM. Was, noch mehr sparen? Ja: Als Unia-Mitglied profitieren Sie von Vorteilen bei der Bank Cler. Sie bekommen zum Beispiel einen günstigeren Hypozins für Ihr

bis ins hohe Alter geistig fit

Gehirn immer wieder heraus!



EINE LEUCHTE BLEIBEN: Das Gehirn ist wie ein Muskel, der trainiert werden muss. Dieses Training können Sie einfach in Ihren Alltag einbauen. FOTO: ADOBE STOCK

Mit diesen Tipps halten Sie sich Fordern Sie Ihr

Studien belegen: Wer sein Gehirn bis ins hohe Alter fordert, hat ein geringeres Risiko, an Alzheimer zu erkranken. Und das Gehirn zu fordern ist gar nicht so schwer.

MARIA KÜNZLI

BEWEGUNG. Wer sich täglich bewegt und regelmässig Sport treibt, hält nicht nur den Körper, sondern auch das Gehirn fit. Studien haben gezeigt: Wer täglich rund 9000 Schritte geht, hat ein deutlich niedrigeres Demenzrisiko. Doch auch weniger als 9000 Schritte sind gesund und haben bereits einen positiven Effekt. Jede Bewegung ist gut! Wer regelmässig Sport

treibt, beugt ausserdem Unfällen wie zum Beispiel Stürzen im Alter vor.

ERNÄHRUNG. Wir wissen es alle: Übermässiger Alkoholkonsum und zu viel Zucker schaden dem Körper. Das Gehirn freut sich über Früchte und Gemüse, Vollkornprodukte, Hülsenfrüchte und Fisch. Fleisch und Milchprodukte sollten Sie bewusst und massvoll geniessen.

GESUNDHEIT. Ignorieren Sie bestehende Erkrankungen wie Bluthochdruck, Fettstoffwechselfstörungen, Depressionen oder Diabetes auf keinen Fall. Diese haben unbehandelt einen grossen Einfluss auf das Gehirn und erhöhen das Risiko, an Demenz zu erkranken – auch Seh- und Hörprobleme übrigens.

Brille, Kontaktlinsen und Hörgeräte unterstützen das Gehirn bei seiner täglichen Arbeit.

MUSIK. Musik hat einen positiven Effekt auf das Gehirn. Musizieren fördert die Vernetzung verschiedener Hirnregionen. Es verbessert das Gedächtnis, den Orientierungssinn sowie das vernetzte Denken. Musik fördert die Fähigkeit des Gehirns, neue Strukturen zu bilden und Verbindungen zu knüpfen. Übrigens wirkt sich auch schon Musikhören positiv auf das Gehirn aus. Sie müssen aber schon aktiv zuhören – Berieselung im Hintergrund nützt nicht viel.

LERNEN. Das Gehirn muss ständig aktiviert und trainiert werden. Es ist darauf programmiert, lebenslang zu lernen.

bleiben Sie also neugierig! Eine Sprache, Stricken, literarisches Schreiben ... alles ist gut, was Sie interessiert und fordert. Experten und Experten raten übrigens älteren Menschen gerne zu Tanzkursen. Hier kommt viel zusammen, was dem Gehirn nützt: Lernen, Bewegung und Gemeinschaft.

SOZIALEBEN. Pflegen Sie persönliche Kontakte und nehmen Sie am Sozialleben teil, das ist nicht nur wichtig für das Gemüt, sondern aktiviert auch das Gehirn. Sie können sich zum Beispiel ehrenamtlich engagieren. Ideen und konkrete Angebote für sinnstiftende Tätigkeiten finden Sie zum Beispiel bei Benevol-Jobs, dem Jobportal der Dachorganisation der regionalen Fachstellen für freiwilliges

Engagement in der Deutschschweiz (www.benevol-jobs.ch).

ABWECHSLUNG. Ihr Gehirn freut sich über jede Abwechslung, auch wenn sie noch so klein ist. Gehen Sie zum Beispiel nicht immer auf dem gleichen Weg nach Hause, und unterbrechen Sie Routinen bewusst. Sie legen eine bestimmte Strecke immer mit dem Auto zurück? Nehmen Sie heute mal den Bus, oder gehen Sie eine Strecke zu Fuss. Putzen Sie die Zähne mit der «schwächeren» Hand, gehen Sie mal in einen anderen Laden als den üblichen einkaufen, und machen Sie kleine Gehirntrainings: Verzichten Sie auf den Einkaufszettel und versuchen Sie, sich zu merken, was Sie kaufen wollten.

SPORTANGEBOTE TIPPS FÜR Ü60

Sport ist gut und recht, aber wie anfangen? In der Schweiz gibt es ein grosses und zum Teil kostenloses Sportangebot für Seniorinnen und Senioren. Fragen Sie bei Ihrer Wohngemeinde nach. Einige Fitnessstudios bieten spezielle Kurse für ältere Menschen an. Manche Krankenkassen übernehmen die Kosten in den Zusatzleistungen. Auf www.sichergehen.ch finden Sie Kurse und Fitnesscenter in Ihrer Nähe und konkrete Übungen für das Training zu Hause. Umfangreiche Infos und Bewegungstipps gibt's auch auf www.prosenecture.ch.

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Neuer Computer: Auf diese Programme können Sie getrost verzichten

Auf neuen Computern sind oft unnötige Programme installiert. Wir zeigen Ihnen, welche Sie löschen können und welche stattdessen sinnvoll sind:

Office-Software. Auf neuen PC ist oft eine Testversion von Microsoft Office zu finden. Ohne dazugehöriges Abo ist diese jedoch unbrauchbar. Eine kostenlose Alternative für Texte und für Tabellenkalkulationen ist das Programm Libreoffice (saldoch.ch/libreoffice).

Was die US-Konzerne mit Ihren Daten machen, lässt sich nicht nachprüfen.

Virenschutz. Oft ist auch ein Antivirenprogramm vorinstalliert, zum Beispiel von McAfee. Doch auch hier müssen Sie für den Schutz erst bezahlen. Die Gratis-Alternative: Im Betriebssystem ist bereits das Antivirenprogramm Microsoft Defender integriert. Dieses reicht völlig aus.

Internet. In Windows ist der Edge-Browser vorinstalliert. Microsoft sammelt mit diesem Programm Daten der Nutzer. Gleiches gilt für den Chrome-Browser von Google. Was die zwei US-Konzerne mit Ihren persönlichen Daten machen, lässt sich nicht nachprüfen. Alternative: Ein unabhängiger Browser mit sehr guten Datenschutzeinstellungen ist Firefox (saldoch.ch/firefox).



VIEL UNSINN: Auf Ihrem neuen Computer gibt es etliche Programme, die Sie einfach löschen können. FOTO: FREEPRK

Videoprogramm. Das installierte Programm «Windows Medienwiedergabe» kann nicht alle gebräuchlichen Videoformate abspielen. Alternative: Der VLC-Player (saldoch.ch/vlcplayer) versteht alle gängigen und auch selteneren Dateiformate. Mit diesem Player können Sie fast jedes Video ansehen.

Weitere unnötige Software. Immer wieder finden sich auf neuen Laptops auch Programme wie die Xbox-App für Games und die Internetspeicher-App Dropbox. Wenn Sie am Computer nicht spielen oder die Dropbox-Cloud benutzen, haben Sie nichts von diesen Apps. Sie können sie löschen. MARC MAIR-NOACK

Stiftungen und Stifte fragen – die Unia rät

Ich fehle häufig wegen Migräne – was jetzt?

Ich bin Kochlehrer und leide häufig unter Migräneanfällen. Rund zwei Tage im Monat kann ich nicht arbeiten. Ich bringe immer ein Arzzeugnis mit. Doch nun hat mich mein Chef gebeten, «eine Lösung zu finden», und droht, mich zu entlassen. Was kann ich tun?

« Als Auszubildender bist du durch das Obligationenrecht und das Berufsbildungsgesetz geschützt. Im Krankheitsfall muss dein Arbeitgeber dir für eine begrenzte Zeit deinen Lohn weiterzahlen, solange du ärztliche Zeugnisse vorlegst. Er kann deinen Vertrag nicht einfach kündigen. Wenn deine Migräneanfälle anhalten, ist es wichtig, die Ursache zu finden. Manchmal können sie somatisch sein und mit Stress oder

emotionalen Faktoren zusammenhängen, die durch das, was du zu Hause oder am Arbeitsplatz erlebst, verursacht werden. Wenn du vermutest, dass es aus deinem Arbeitsumfeld kommt, solltest du mit deinem Arbeitgeber oder der Schule darüber sprechen. Du kannst dich auch an das kantonale Amt für Berufsbildung oder eine Gewerkschaft wenden, die dir helfen, Lösungen auszuhandeln.»



Félícia Fasel, Jugendsekretärin. Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNERINNEN AUS NR. 11
Das Lösungswort lautete: **RENTENALTER**



DIE PREISE, 3 Mal einen Coop-Gutschein à Fr.50.-, haben gewonnen: Marianne Mannhart, Flums SG; Maria Stammler, Zug; Elisabeth Staub, Bäretswil ZH. Herzlichen Glückwunsch!

Team-sportart	ange-pflanzte Gemüse-fläche	gepökelte Fleisch-spezialität	ausfallen lassen, canceln		chin-Online-Riese	feine, kurze Fäden	Sicht-vermerk im Ausweis	Flug-zeugführer Mz.	Video-assistent (Fussball)	Völker-gruppe	kleine Kleider-grösse
Spiel-variante beim Jass					den Ge-hörsinn betref-fend			5		Massen-entlas-sung bei ... und SRF	
ital. Tonbez. für das D		vermö-gend, begütert	harter Tennis-schlag				Pasten-behälter Mz.	Speise-fisch			
Roh-stoffför-derung					schmel-zen (Schnee)	Betreuer von Studen-an-fängern	6			Bahn-schiene	poet.: er-wachen, auf-blühen
	3		Vogel, Aas-fresser	Schlaf-erlebnis			2	Norm, Vor-schrift	Jazz-konzert-auftritt		10
klösterl. Stift		Urheber eines Schrift-werks	voll-bracht, fertig			fach positionieren		Steuer-gerät			
Aus-druck d. Freude					Geheim-gerichte	zuk. EU-Kommissions-präsidentin (von d.)			Weis-sager	norweg. Provinz	
		dt. Sän-gerin (Annett)	den Boden schrub-ben					Essge-schirr f. Soldaten	Internet-auftritt (engl. Kw.)		
steile Fels-wand	grobe Feile	Mehr Zeit zum ...				Halbaffe	gesund werden				7
Teil des Hub-schraub-ers				Hautwu-cherung	gesetz-lich erlaubt				Stuhl-oder Tisch-teile	frz. Artikel	
		engl. Herzog	indi-viduelle Eigenart				Studen-ten-ausweis (Kw.)	Wisch-gerät			
Zah-lungs-art	niedrig. Liege-sofa					mittels, durch	Zeit-ungs-konsument			Lotterie-schein	in der Nähe von
zusätz-lich			Nasal-laut	Hunde-rasse				männl. Fürwort	Käiber-ferment		1
Töne	dt. Regie-rungs-chef						Roh-stoff-multi				
					Polizei-dienst-stellen				Winter-sport-gerät		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 31. Oktober 2024

INSERAT

Schlechtere
Pflege?

UNIA

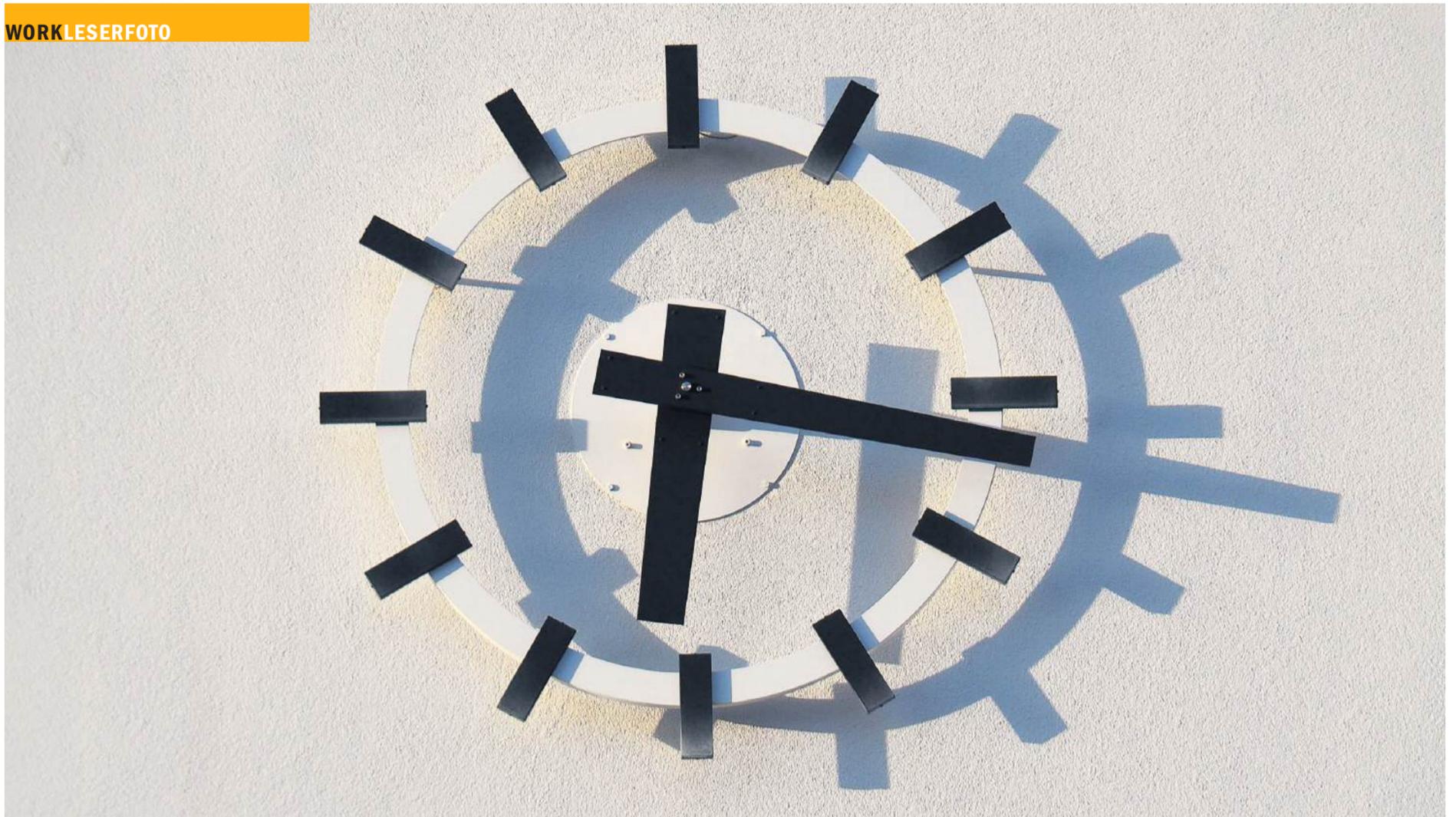
schlechtere-pflege.ch

Nein

am 24. November

Änderung
Krankenversicherungs-
Gesetz (EFAS)

WORKLESERFOTO



Die doppelte Uhr

WANN 2. Oktober 2024
WO Bahnhof Burgdorf BE
WAS Dank der Sonne entsteht eine zweite Schattenuhr.
 Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 11 / 26.9.2024: TEMU ÜBERSCHWEMMT DIE SCHWEIZ

Gruselig

Ich finde es gruselig und würde aus Sicherheitsgründen nie etwas für mein Kind oder mich dort bestellen.

THEA WYLER, VIA INSTAGRAM

Was bieten die Geschäfte hier?

Ganz ehrlich, ja, ich kaufe Kleider bei Temu, und mein schlechtes Gewissen schiebe ich den Kleidergeschäften in der Schweiz gerne weiter. 1. Die Kleidergeschäfte bekommen die Kleider nicht aus China, sondern aus Bangladesch und Indien, wo die Arbeitsbedingungen noch deutlich schlechter als in China sind. 2. Soll ich nackt herumlaufen oder teure Kleider kaufen, weil ich in Kleidergeschäften meine Grösse nicht finde? Ich finde sie nur in Spezialgeschäften, das Hemd für über 100 Franken.

3. Wenn die Kleiderfirmen in der Schweiz mir gegenüber keinen Respekt zeigen, kann ich keinen Respekt für die Kleiderfirmen haben. 4. Bei C&A habe ich online meine Grösse gefunden, aber ich weigere mich, solche schreckliche und langweilige Mode anzuziehen. Weiss, schwarz, grau, Muster weiss-schwarz und pastellblau. Sorry, ich bin kein Langweiler, der solche Farben anzieht, es entspricht absolut nicht meinem Geschmack. Ich finde es traurig, dass nun die Kleiderfarben den Autofarben entsprechen (etwa 80 bis 90 Prozent): grau, weiss, schwarz... das macht depressiv. Ich will Farbe!

DANIEL WERMELINGER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 26.9.2024: «STOPPT ENDLICH UNSEREN CHEF!»

Kein Einzelfall

Leider ist die Branche voll mit solch schwarzen Schafen, weil jeder Ex-Monteur ohne wirtschaftlichen Hintergrund bzw. Ausbildung

einen Betrieb eröffnen darf. Wenn ich nur das Rheintal nehme, zähle ich höchstens vier Betriebe die seriös sind, und der Rest sind Schwätzer.

MATTHIAS, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 26.9.2024: KUNZI WAHLT KATZEN

Einfach mal danke sagen

Ich wollte mich mal bedanken, dass ihr immer wieder interessante Themen und Informationen bringt und auch, dass ihr informiert, über Filz, Ungerechtigkeiten und Ausnutzungen in der Arbeitswelt. Ich freue mich auch immer wieder über die Kolumnen von Sandra Künzi. Ihre «Frauen mit Katzen»-Geschichte hat mich sehr amüsiert, und ich hoffe mit ihr, dass alle Frauen mit Katze für Kamala Harris wählen werden!

IRENE LEHMANN, DORNACH SO

WORKZEITUNG.CH / 2.10.2024: DARUM TRAGEN LONDONS MÄNNER-STATUEN PLOTZLICH BABYS

Gleichstellung

Vaterschaftsurlaub sollte dem Mutterschaftsurlaub gleichgestellt sein. Es gibt auch alleinerziehende Väter, und es ist unschön, ein Neugeborenes schon in die Kita geben zu müssen.

LUKAS, VIA TIKTOK

Ein Witz!

Es muss sich unbedingt etwas ändern. Die Schweiz ist ein Witz,

was den Mutter- und Vaterschaftsurlaub angeht. 14 Wochen sind nichts.

VIVIEN STEPHANIE, VIA TIKTOK

Ein Vorschlag

Eine Änderung wäre in der Schweiz definitiv notwendig. Beide Elternteile sollten mindestens sechs Monate Urlaub bekommen, dann noch zwei Jahre, die sich beide nach eigenem Wunsch untereinander aufteilen können.

BROMBERLII, VIA TIKTOK

WORK 10 / 5.9.2024: REPARATUR DER NATUR

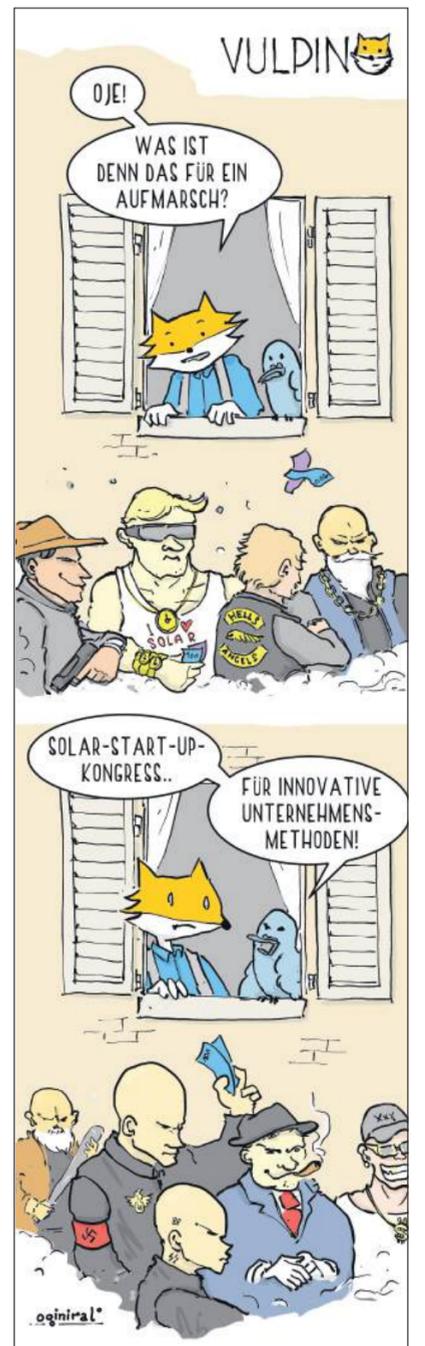
Na, Herr Ritter?

Die Autolobby will mehr «Platz» für einen Autobahnausbau auf sechs Spuren. Da reden wir von 400 Kilometern an Autobahn. Eine zweispurige Autobahn verbraucht pro Fahrtrichtung 12,5 Meter an Land. Eine sechsspurige Autobahn jedoch 14,8 Meter. Ergibt eine zusätzliche Fläche von fast 1,85 Quadratkilometern verlorenem Wald oder Kulturland. Herr Markus Ritter (Bauernverbandspräsident): Wäre es jetzt nicht an der Zeit, mit Ihren Verbandsmitgliedern über eine Ablehnung der Initiative zu sprechen? Ist es nicht an der Zeit, dieses Kulturland für die Lebensmittelproduktion zu brauchen, so wie Sie es bei der Biodiversitätsinitiative auch gesagt haben?

UELI SCHÄRER, PENSIONIERTE SYNDICOM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



**LAURA SOLER
ERSTER
GASTRO-
JOB MIT
12 JAHREN**

Im Parterre des Hauses, in dem Laura Soler aufwuchs, war ein chinesisches Restaurant. Mit der Familie, die es betrieb, habe sie sich auf Anhieb gut verstanden: «So oft ich konnte, war ich dort.» Bereits mit 12 Jahren hilft sie fast jedes Wochenende mit und verdient sich ein Taschengeld. «Das war natürlich verboten, aber mir gefiel es. Ab dann habe ich fast mein ganzes Leben im Gastgewerbe gearbeitet.» Heute ist Soler übrigens Unia-Mitglied.

TANZ UND TV. Sie nahm und nimmt sich daneben auch immer wieder Zeit für Nebenjobs, etwa als Salsatanzlehrerin oder, seit etwa sechs Jahren, als TV-Moderatorin: Für den Schweizer Sender Diaspora TV liest sie die spanischen Nachrichten, ein- bis dreimal pro Monat.

In der Freizeit reist sie gerne umher und erkundet die Schweiz: «Die Berge finde ich unglaublich schön – meine Lieblingsgegend ist das Berner Oberland, besonders Brienz.» Sie lebt in Biberist SO zusammen mit ihrem Freund, einem Mechaniker. Ihre 23jährige Tochter Laureeta ist Sängerin und lebt seit einem Jahr wieder in Spanien.



DIGITAL: Laura Soler entwirft auf dem Tablet Rucksäcke, Kleider und Taschen. Auf Bestellung lässt sie diese bedrucken und zur Kundin verschicken.

Laura Soler (45) fühlt sich im Gastgewerbe wohl – doch ihre Leidenschaft gilt der Kunst

«Es ist nie zu spät»

Vor vier Jahren war ihr Leben auf einem Tiefpunkt. Jetzt ist Laura Soler gerade dabei, sich neu zu erfinden. Neben der Arbeit im Service verkauft sie ihre Designstücke im eigenen Webshop.

CHRISTIAN EGG | FOTOS ISABELLE HAKLAR

Es leuchtet. In kräftigen, manchmal grellen Farben. Laura Soler scrollt auf dem iPad durch ihre Werke. Es gibt Schmetterlinge, einen Zauberhut, Comicfiguren. Manchmal ein wildes Sammelsurium. Die Bilder erinnern mal an Kleider der Marke «Desigual», mal an den Maler Friedensreich Hundertwasser. «Das ist der Anfang meiner neuen Kollektion», sagt die 45jährige. Nächstes Jahr im Mai will sie damit fertig sein, pünktlich zur Fantasy Basel. Die Comic-, Game- und Cosplay-Messe ist seit Jahren ein Fixpunkt in Solers Kalender. Diesmal wird sie mehr sein als eine Teilnehmerin. Sie hat einen Stand gebucht. Um ihre Werke zu verkaufen.

«Jetzt habe ich ein Ziel», sagt sie. Und dann leuchten ihre Augen noch stärker als

ihre Bilder, als sie sagt: «Das Malen ist meine Leidenschaft. Ich bin voll mit Energie und Motivation.»

DANKBAR. Das war sie auch vor elf Jahren, als sie aus Spanien in die Schweiz kam, um im Service zu arbeiten. Die Arbeit gefalle ihr, sagt sie, noch heute. In der Schweiz sogar mehr als in Spanien: «Hier sind die Leute so dankbar!» Wie bitte? Doch, erklärt sie, in Spanien sei die Kundschaft oft ungeduldig und behandle das Personal ohne Respekt. «Aber hier, wenn du jemanden freundlich bedienst, sagen sie am Schluss: Danke für die nette Bedienung.»

Lange ging das gut. Besonders, als sie die Stelle im «Florida» annahm, einem Hotel und Restaurant in Studen BE. «Zum ersten Mal in meinem Leben hatte ich einen Chef, der sagte: Wenn du Zeit hast, mach das und das. Das war ein komplett anderes Arbeiten als bisher!» Doch dann, 2020, klappte sie zusammen. Die Energie war weg, nichts ging mehr. Was war passiert? Es sei «ein Cocktail» aus Belastungen gewesen, sagt sie: Die langen Arbeitstage

im Service. Die Tochter im Teenager-Alter, die Soler als alleinerziehende Mutter viel abverlangte. Dazu die ständigen Rückenschmerzen. Seit Geburt lebt sie mit Skoliose, einer Fehlstellung der Wirbelsäule. «Ich habe jeden Tag Schmerzen.» Heute habe sie gelernt, besser auf sich zu achten. Doch damals mutet sie sich zu viel zu.

TIEFPUNKT. Nach zwei Wochen geht es besser, sie kann wieder arbeiten. Und ausgerechnet dann kommt der Corona-Lockdown. Alle Restaurants müssen schliessen. Soler hat Geldsorgen: Während der Kurzarbeit bekommt sie netto nur 2800 Franken im Monat, 600 Franken weniger als ihr Lohn, dazu fallen alle Trinkgelder weg. Im work sagt sie damals: «Ich bin ein fröhlicher Mensch, ich will das Leben geniessen. Und nicht bei jedem Einkauf überlegen: Könnte ich das einsparen?» (work berichtete: [rebrand.ly/kurzarbeit2021](https://www.work.ch/rebrand/ly/kurzarbeit2021)).

Keine Frage, sagt sie heute: «Das war der Tiefpunkt in meinem Leben.» Als die Beizen wieder öffnen, kehrt sie dem Gastgewerbe den Rücken und beginnt als Ver-

käuferin in einer Confiserie. Doch der Chef hält sich nicht an Abmachungen, also geht sie wieder. Während dieser Stellen- und Sinnsuche reift in ihr die Idee, mit der Kunst Geld zu verdienen. Schon als Kind habe sie Gedichte geschrieben, später Klavier gespielt, sagt sie. Sie träumte davon, Komponistin zu werden. Doch die Familie war arm, ein Musikstudium teuer. Jetzt traut sie sich, die alten Träume wieder zu erwecken. Sie kauft Leinwand und Farben aller Art und beginnt zu malen.

INSPIRIERT. Einmal, an der Fantasy Basel, sieht sie eine junge Frau, die Bilder verkauft. «Wenn keine Kundschaft da war, malte sie – auf einem Tablet. Das hat mich inspiriert.» Soler besucht einen Kurs in Grafikdesign, kauft ein iPad, findet eine passende Software. Den entscheidenden Kick gibt ihr im letzten Herbst eine Reise nach Spanien. Nach mehreren Jahren Pause besucht sie wieder ihre Heimatregion Castelló in der Nähe von Valencia. Dort gebe es auf Plätzen und an Kreuzungen viele Skulpturen, fast alle mit Keramik in kräftigen Farben, sagt sie. «Und plötzlich habe ich mich darin erkannt! Erst jetzt habe ich verstanden, warum ich male, wie ich male – warum bei mir alles so farbig ist. Da wusste ich: Jetzt muss ich das machen.»

STUR. Schritt für Schritt macht sie aus dem Hobby eine Geschäftsidee. Ihre Werke lässt sie auf Taschen, Rucksäcke und Kleider drucken, und zwar «on demand», wie sie sagt: Erst wenn jemand ein Stück bestellt, wird es von einer spezialisierten Firma bedruckt und per Post verschickt. «Jetzt, wo ich alles organisiert habe, kann ich mich auf die Kunst konzentrieren.» Um die 500 Franken verdient sie pro Monat damit. Ihren Lebensunterhalt verdient sie seit kurzem wieder im Service, im Tertianum-Altersheim in Solothurn. Bisher gefalle ihr die Arbeit sehr. Der Kontakt mit den alten Menschen und auch die Arbeitszeiten: An den Abenden und jedes zweite Wochenende frei. «Fürs Gastgewerbe ist das Luxus!»

Auf Wunsch des Heims nennt Soler ihren Monatslohn nicht. Sagt aber, er liege ein gutes Stück über dem Mindestlohn des Gastro-Gesamtarbeitsvertrags für Leute mit dreijähriger Lehre. Dieser liegt dieses Jahr bei 4470 Franken brutto. Derzeit arbeitet sie 80 Prozent. Und sagt: «Mein Ziel ist es, null Prozent angestellt zu sein und 200 Prozent für die Kunst zu geben.» Dann lächelt sie verschmitzt und sagt: Der Traum, Musik zu komponieren, lebe bis heute in ihr. «Man soll nie sagen, jetzt sei es zu spät. Wer weiss...»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon** Verlag und Redaktion 031 350 24 18 **E-Mail** Verlag verlag@workzeitung.ch **E-Mail** Redaktion redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knezevic, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Laura Gonzalez, Sandra Künzi, Maria Künzli, Daniel Lampart, Lorenz Naegeli, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, work@workzeitung.ch **Auflage** 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia